

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidentiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beklaggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschlag 40 Pf., Stellenangebote 10gehalt. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10gehalt. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mt. Inzerate v. ausw. die 10gehalt. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorschlag 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Die Götterschlacht in Moskau.

Trotski „beurlaubt“.

SPD. Aus Moskau wird gemeldet, daß nunmehr auch Trotski, der Vorsitzende des Hauptkonzeptionsausschusses, beurlaubt worden ist. Selbst wenn er nach einer solchen Beurlaubung wieder in sein Amt zurückkehren sollte, bedeutet dieses demonstrative Vorgehen gegen ihn doch einen weiteren Schlag gegen die Opposition. Ihre sämtlichen Führer sind politisch tauglos und unmöglich gemacht worden. Trotski hat sich zwar nach außen hin seit seiner vor Jahren erfolgten Maßregelung einer äußersten Zurückhaltung beschleißigt. Er ist aber doch mit Sinowjew, Kamenev und den anderen Oppositionellen, die gerade ihn früher am heftigsten bekämpft hatten, in Verbindung getreten.

Der Hauptvorwurf, den die offizielle Parteileitung der Opposition macht, bestand darin, daß sie die politische Plattform Trotskis aus den Diskussionen der früheren Jahre sich jetzt zu eigen gemacht habe. Trotskis Beurlaubung soll offenbar demonstrativ nach außen hin zeigen, daß Stalin in den gesamten Regierungsapparat jetzt in der Hand hat und gegen seinen Willen auch nicht die geringste Opposition möglich ist.

Die internationale Bedeutung der russischen Krise.

Mit gespannter Aufmerksamkeit lauscht das internationale Proletariat auf das dumpfe Gedröh, das von der Götterschlacht auf dem kommunistischen Olymp im fernen Rußland herüberhallt. Durch den dichten Nebel der amtlichen Klüge, der den Kreml umhüllt, dringt das wahre Wesen und die eigentliche Tragweite der historischen Ereignisse, die sich hinter den geheiligten Mauern abspielen, nicht so leicht ans Tageslicht. Eins aber ist klar: Die Krise ist die Krise des russischen Bolschewismus in ein neues Stadium getreten. Hierdurch ist ihre außergewöhnliche Bedeutung gegeben. Ihr Verlauf und ihr Ausgang werden von gewaltigem Einfluß sein auf das Schicksal nicht allein der russischen Kommunistenpartei und der bolschewistischen Diktatur, sondern auch der Komintern, also der ganzen internationalen Politik des Proletariats. Man müßte von einem unwahrscheinlichen Wunder sprechen, wollte man annehmen, daß der im Kreml erneut entfaltete Kampf der verschiedenen Eliten um die Macht, der wahrlich keine gewöhnliche Parteidiskussion mehr ist, an den Grenzen der Sowjetunion Halt machen, daß er die nichtrussischen Sektionen der Komintern verschonen könnte.

Man erinnere sich dessen, wie es bereits 1923 — anlässlich der ersten Diskussion mit Trotski und Nadel — unmöglich gewesen ist, den Streit innerhalb der russischen Grenzgebiete zu lokalisieren. Die drohende Warnung Sinowjens; man solle sich nicht unterziehen, den Fraktionskampf in die Komintern hineinzutragen, konnte auch damals schon die Ausbeugung der Diskussion auf alle Sektionen der Komintern nicht verhindern; und seit jener Zeit ist die von periodischen Abflüssen ganzer Führergarnituren, von Spaltungen und Abspaltungen begleitete „Diskussion“ nicht mehr zum Stillstand gekommen. Den Moskauer Brandherd zu isolieren, ist nun aber vollends unmöglich, wo an der Spitze der vereinigten Opposition — weils ein Hahn der Geschichte! — der nämliche Sinowjew steht, der 1923 Trotski und Nadel vor der „Beurlaubung“ der ausländischen Bruderparteien warnte!

Es handelte sich nicht nur um die vollkommene materielle, geistige und organisatorische Abhängigkeit der „Bruderparteien“ von den Moskauer Diktatoren, die die Zentralkommission aller Sektionen der Komintern veranlaßt, die Stalinische Mehrheit mit blutigen Eifer ihres untertänigen Einverständnisses mit der Niedertrampeln der russischen Opposition zu verschleiern. Es handelt sich weiterhin auch nicht darum allein, daß jede der um die Macht kämpfenden Eliten naturgemäß bestrebt ist, sich auf nahebestehende Elemente in den Sektionen der Komintern zu stützen und den Apparat und den Einfluß der Komintern sich zunähe zu machen. Es geht im letzten Betracht auch noch darum, daß zwischen der Krise des russischen Bolschewismus und der des internationalen Kommunismus ein innerer Zusammenhang besteht: die eine Krise nähert die andere.

So verschieden die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wurzeln des russischen und des westeuropäischen Kommunismus auch sind, so hat doch diesem wie jenem längere Zeit die Idee der Entfaltung des Bürgerkrieges unmittelbar aus der Gegebenheit des Weltkrieges mit dem Ziel der Eroberung der Macht und der sofortigen Durchführung des Sozialismus mit den Mitteln terroristischer Diktatur zugrunde gelegen. Und in der Tat wurde die Stimmung des russischen Utopismus in den Köpfen breiter Massen des europäischen Proletariats durch die ganze Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre weit verbreitet. Durch die tatsächliche Entwicklung wurde indes den Aposteln des Bolschewismus der Boden unter den Füßen entzogen. Lenin selbst ist schließlich gewesen, der die Notwendigkeit einer „Kempause“ und die Unvermeidbarkeit der Rep mit dem Scheitern aller Hoffnungen auf eine baldige soziale Revolution im Westen begründete. Die Rep selbst, die sogenannte neue Wirtschaftspolitik, war also nichts anderes, als die erste prägnante Äußerung der Weltkrise des russischen Utopismus.

Gewiß ist die Krise innerhalb der kommunistischen Partei der Sowjetunion in erster Linie eine Erscheinung von innerrussischer Bedeutung. Es ähert sich in ihr — allen bunten ideologischen Umhüllungen zum Trotz — der wachsende Widerspruch zwischen den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem System der terroristischen Diktatur. Dieser objektive Widerspruch der arbeit-

russischen Wirklichkeit bildet den Ausgangspunkt der zentralen Meinungsverschiedenheit zwischen Parteimehrheit und Opposition in der Frage, ob die Entwicklung der russischen Wirtschaft zum Sozialismus zu schnell oder zum Kapitalismus. Hinter den Streitereien über dieses Problem mit all den gegenseitigen Beleidigungen des Bezrats am orthodoxen Leninismus, des Mangels an Vertrauen in den sozialistischen Aufbau verbirgt sich der Kampf der utopischen und der mehr realistischen Tendenz im Schoße der Partei der Diktatur, die auf der Basis der unaufhaltsamen Entfaltung der kapitalistischen Beziehungen im Lande bereits den Prozeß der bürgerlich-bonapartistischen Umwandlung durchmacht.

Dieser Streit über russische Perspektiven ist indes nur ein Spezialfall des allgemeinen Problems des internationalen Kommunismus, der über die Tatsache der Stabilisierung des Kapitalismus und des „verlangsamten Tempos“ der sozialen Weltrevolution stolpert. So hat Bukharin in seinem Referat vor der Plenarversammlung des kommunistischen Zentralkomitees die „Grundthese“ Trotskis mit den Worten definiert:

„Wenn die internationale Revolution nicht siegt, ist der Sturz der proletarischen Diktatur durch die gegenrevolutionären Bauern unvermeidlich.“

Andererseits beeilte sich der Oppositionsblock der deutschen Kommunisten, sein Einverständnis mit der Sinowjew-Trotski-Opposition in ihrer Ablehnung der Stalinischen These zu erklären, wonach der Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande möglich sei. (Kette Kahne, Nr. 179.) Die linke KPD-Opposition hat ganz richtig begriffen, daß diese Stalinische These, die Schlußfolgerung in sich schließt, daß man die Stabilisierung des Kapitalismus als eine Tatsache anerkennen müsse, die für absehbare Zeit alle Möglichkeiten der sozialen Revolution im Westen vernichtet. Die logische Konsequenz hieraus wäre die Auflösung der Komintern; eine Konsequenz, die Stalin zwar nicht zu ziehen wagt, die aber — unter einem anderen Gesichtswinkel — von einem seiner Gegenspieler, dem Führer der „Arbeiteropposition“ Medwedschew, gezogen ward.

Im wesentlichen waren diese Differenzen schon auf dem 5. Weltkongreß vorhanden, auf dem Sinowjew den Bannfluch über die Kadeßschen Ketzereien erließ. In verkapulierter Form warf Kadeß damals die Frage auf, wie sich die Taktik der Arbeiterklasse im Westen eigentlich gestalten müsse, sollte der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht von heute auf morgen eintreten. Und mit Recht konnte der Ultralinke Dengel Kadeß entgegenhalten, daß die Anerkennung der Stabilisierung des Kapitalismus die kommunistischen Parteien der notwendigen revolutionären Energie berauben müsse. Jetzt ist es soweit. Der Stalinische Nationalkommunismus kommt aus seiner zwiespältigen Einstellung zur Komintern nicht heraus. Einerseits liefern die willfährigen Komintern-Sektionen der Moskauer Diplomatie wirksame Waffen zur Desorganisation der westeuropäischen Staaten und zur Untergrabung ihrer kolonialen Basis. Andererseits ist aber diese Ministerarbeit der Komintern dazu angehen, eine dauerhafte Verständigung der Sowjetunion mit den kapitalistischen Mächten, die zu den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und des staatlichen Aufbaus der Sowjetunion gehört, zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Es ist kaum zweifelhaft, daß die Gebote der außenpolitischen Rep in den Augen der russischen Diktatoren die Oberhand über die Vorteile aus der Ministerarbeit der Komintern gewinnen müssen.

Man lese die allgemeine Resolution der Plenarversammlung des Zentralkomitees der KP der SU. Da spricht schon der erste Punkt von der „Tatsache der relativen Unbeständigkeit der Stabilisierung des Kapitalismus“ und dem „Fehlen einer unmittelbar revolutionären Situation“. Die gewundene Formulierung von der „relativen Unbeständigkeit“ ist nur eine als Zugeständnis für die Opposition hingeworfene Verhüllung der entscheidenden Feststellung, daß eine „unmittelbar revolutionäre Situation“ nicht vorhanden ist. Gewiß wird die „Hauptaufgabe der Komintern“ nach wie vor in der Vorbereitung der Weltrevolution, der „Bolschewisierung der Taktik und Organisation“ und ähnlichen schönen Dingen gesehen. Doch sind das nur Formalitäten: man führt in ihnen weder Glauben noch Wissenschaft noch die Bereitschaft, die Fragen in lebendige Tat umzusetzen. Indem die Stalinische Mehrheit schließlich erklärt, daß die Durchführung der konkreten Forderungen der Linksoption nur die Massenflucht der Kommunisten aus den Gewerkschaften und — trotz den linken Phrasen — die „Überlassung aller Positionen an die Sozialdemokratie“ zur Folge haben müßte, bereitet sie in Wirklichkeit mit ihrer Resolution selbst die nämliche Überbergabe aller Positionen an die westeuropäische Sozialdemokratie vor.

Das ist es eben, daß die bürgerlich-bonapartistische Umwandlung der bolschewistischen Diktatur in Rußland den Zerfall des westeuropäischen Kommunismus außerordentlich verschärft und in ihm zwei Tendenzen fördert: die eine, die auf die Verstärkung fetterischer Bolschewismus, die andere, die auf das langsame, allerdings durch kommunistischen Phrasendruck verdeckte Hinabgleiten in die Gleise sozialdemokratischer Taktik gerichtet ist. Von beiden Seiten — von rechts wie auch von links — vollzieht sich die Abkehr vom offiziellen Kommunismus, der willen- und prinzipienlos in den Fußstapfen der Moskauer Parolen-schmiede wandelt. Immer schärfer zeichnet sich das Dilemma ab, vor das der europäische Kommunismus gestellt wird: entweder auszuweichen zu einer von den Massen losgelassenen Sektie von bolschewistischen Utopisten, oder aber die eigenen Positionen der Sozialdemokratie auszuliefern, auf die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung unter dem Banner der Sozialdemokratie hinzuwirken. Peter Garwig.

Korruption in Monarchie und Republik.

Von L. Perjus, Kapitän zur See a. D.

Der Ferienstrassenrat des Reichsgerichts hat als Revisionsinstanz gegen den Landeschulrat Dr. Stölzel in Braunschweig, der wegen Vergehens im Amte vom Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, das Urteil der Vorinstanz bestätigt. In der Hauptsache handelte es sich um die angebliche Benützung eines amtlichen Fernsprechers zu privaten Zwecken.

Der preussische Ministerpräsident Braun soll nach Angabe der reaktionären Presse von der staatlichen — früher königlichen — Porzellanmanufaktur ein Tafelservice zu einem unnatürlich wohlfeilen Preise Anfang 1924 gekauft haben. Eine öffentliche Anfrage erging, und nun kam die Antwort vom preussischen Handelsminister, daß kein Anlaß vorläge, diese private Angelegenheit vor den Hauptauschuß zu bringen. Die Untersuchung hat ergeben, daß Braun nicht der geringste Vorwurf trifft. Bei der Affäre ging es um einen lächerlich geringen Betrag.

Diese zwei Beispiele, denen sich zahllose weitere anhängen lassen, zeigen, wie die Reaktion sich bemüht, aus Mäßen Elefantien zu machen, oder gar sich nicht scheut, völlig unbegründete Anklagen zu erheben, und Wehrlose auslöst über die Korruption in der Republik. Die kindlichsten Bagatellen wurden und werden vorgebracht, um zu beweisen, wie korruptiert republikanische Beamte seien, und die reaktionäre Presse erzählt dann bei solchen Gelegenheiten ihren Lesern gern von den untadeligen Zuständen in der Monarchie. Nimmt man jedoch die damaligen Zustände genauer unter die Lupe, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß es unter der Monarchie gar nicht so einwandfrei bestellt war mit der Ehrlichkeit, Unbestechlichkeit u. a. m. Ein Unterschied freilich wird erkennbar: Unter der Monarchie herrschte mehr Disziplin! Im Interesse der Moral darf man aber diesen sich jetzt bemerkbar machenden Mangel an Disziplin nur begrüssen.

Sollten etwa z. B. die Geschäftsgebaren eines Barons v. Hofstein, solange er noch im Amte war, niemandem bekannt gewesen sein? Daß es nicht der Fall war, das ist eine erhebliche Zahl von Leuten Bescheid wußte, ergab sich aus den Berichten, die das B. T. im Dezember vorigen Jahres veröffentlicht hat, und die einen Sturm der Entrüstung entfalteten. Hatte doch Baron v. Hofstein, der anderthalb Jahrzehnte der eigentliche Leiter unserer Außenpolitik gewesen ist, um schnöder Millionen willen mit dem Blut und Gut der Völker gespielt. Alle Nachrichten der inneren und äußeren Politik, die ja Herr v. Hofstein als erster empfing, wurden von ihm zunächst darauf geprüft, wie er mit ihnen Geld an der Börse verdienen könnte. Gleich, ob es ging um bevorstehende Herabsetzung von Zöllen, Ausfuhrverbote, ob um einen Buren- oder um einen amerikanisch-spanischen Krieg, immer handelte es sich für Herrn v. Hofstein nur um die Frage: Wie wird sich die Sache an der Börse auswirken?

Eine Erinnerung aus dem amerikanisch-spanischen Kriege, wiedergegeben aus meinem Tagebuche: Manila hatte sich nach dem Bombardement durch die Flotte unter dem Admiral Dewey am 14. August 1898 den Amerikanern übergeben. Unser Großer Kreuzer „Kaiserin Augusta“, der zum Geschwader unter dem Kommando des Admirals v. Diederichs gehörte, das vor Manila ankerte, und auf dem ich als Navigationsoffizier eingeschifft war, mußte sogleich nach dem Fall Manilas mit größtmöglicher Beschleunigung auf Befehl Wilhelms II. nach Hongkong dampfen, um die Nachricht der Uebergabe der Stadt zu überbringen. Die Kadeß waren sämtlich durchschnitten worden, so war telegraphische Uebermittlung nicht möglich. Die „Kaiserin Augusta“ war damals das schnellste Schiff auf der Station. Bereits am 15. August, mittags, trafen wir in Hongkong ein. Strenger Befehl für uns war ausgegeben: Während der nächsten 24 Stunden darf niemand etwas über den Fall Manilas verlauten lassen. Warum? Wollte Wilhelm II. Kleinwiffen auf der Welt sein oder waren, wie wir später der Direktor einer großen Bank erklärte, Börsenspekulationen der Grund? Heute weiß ich, daß Herr v. Hofstein den Befehl für die „Kaiserin Augusta“ ausgefertigt hatte!

Wie stolz war man seinerzeit im Kaiserreich, nicht korrupt zu sein. Es stimmt, wohl nahmen Offiziere und Beamte im allgemeinen kein Geld. Aber auch hier gab es Ausnahmen, und dann: Wo ist die Grenze? Zeigten die Manöver z. B. eines Freiherrn v. Mirbach, einstigen Oberhofmarschall der Kaiserin Augusta, nicht für Korruption? Man erinnere sich der großzügigen Schnorrereien zum Neubau von Kirchen, wobei er Orden und Titel als Lockmittel benutzte, an den Zusammenbruch der Bommern-Bank — mit dem ominösen Konto „K“ — usw. Endlich fiel Mirbachs Kompromittierliche, ungenierte und struppellose Form der Kaiserin so „auf die Nerven“, daß der Herr Hofmarschall seines Postens verlustig ging. Herr v. Mirbach war Hofbeamter. Noch ein weiteres Beispiel für einen Staatsbeamten. Abermals eine Erinnerung:

1886 weihte ich auf Urlaub in Berlin. Mein Vater erzählte mir, als wir meinen Patenonkel Heinz (Minister von Bötticher) besuchen wollten, das Folgende: Der Schwiegervater von Onkel Heinz, Herr v. Berg, Direktor der Reichs-

Bankstelle in Straßburg, hat böse Sachen gemacht. Wir sind alle ganz unglücklich. Er hat staatliche Gelder unter sich gelassen. Die Summe ist viel zu hoch, als daß die Familie sie aufbringen könnte. Es handelt sich um mindestens eine Million Mark. — Einige Jahre später fragte ich meinen Vater, wie es um die Angelegenheit des Herrn v. Wöllher stünde. Er antwortete: „Der Fürst Bismarck hat die Sache sehr generös geordnet. Im übrigen vergiß, was ich dir darüber erzählt habe. Heute ist alles in Ordnung. Ueber solche Dinge spricht man nicht.“ In der Tat, über solche Dinge sprach man nicht in den Zeiten der Monarchie. Mein Vater hatte gesagt, Fürst Bismarck hätte die Sache sehr generös geordnet. Nämlich auf Kosten der Steuerzahler! Das Geld zur Sanierung des Herrn v. Berg entnahm Bismarck dem Welfenfonds, der aus den beschlagnahmten Vermögen der hannoverschen und heilichischen Herrscherhäuser gebildet war, und der gelegentlich zur Abwehr feindlicher Bestrebungen der entthronten Regenten benutzt werden sollte. Es ist bekannt, daß die Presse, Parlamentarier usw. aus diesem Fonds Gelder erhielten, und daß hierdurch eine ekelhafte Korruption großgezogen wurde. Im übrigen hätte Bismarck auf Grund des Strafgesetzbuches — § 257 — der von „Begünstigung und Hehlererei“ handelt, zur Verantwortung gezogen werden können. Er hatte staatliche Gelder genommen, auf ungesetzliche Weise verwandt, um die Schuld eines Untergebenen zu tilgen, und sich auf diesem Wege einen Vorteil verschafft. Selbstverständlich war in der Monarchie ein Vorgehen gegen Bismarck ausgeschlossen; es war undenkbar, daß wegen dieses Millionenbetrages eine Anklage erhoben wurde. Heute wird ein Riesengeschrei gemacht, wenn sich ein Republikaner angedrückt, indem er ein Privatgespräch auf dienstlichem Fernsprecher führt!

Man könnte eine kräftige Auslese als Beleg geben für die Korruption in der Monarchie. Ich brauche nur z. B. zu erinnern an mein Ressort, an den Kieler Verfallprozeß im Herbst 1900. Und in vieler Gedächtnis werden die unlauteren Machinationen noch leben, die getrieben wurden beim Ausbau der Marineanlagen in Kiel, Wilhelmshaven, Eckernförde, beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals usw. usw. Was dort vorgekommen ist, war sicher nicht einwandfrei, manch einer hat sich da auf Kosten der Steuerzahler gesund gemacht. Und war es nicht bei den Eisenbahnbauten unter Bismarck, bei der Uebernahme vieler Eisenbahnen aus privatem in staatlichen Besitz das gleiche? Wenn man all das Material darüber veröffentlichen wollte, würde sich bald herausstellen, daß unter der Monarchie keineswegs untadelige Zustände geherrscht haben, ganz im Gegenteil.

Man wird gelegentlich der Vorbereitung für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen gut tun, darauf hinzuweisen, daß logischerweise die republikanische Staatsform weit eher saubere Zustände gewährleistet, als die monarchische. Die Korruption in der Monarchie war böser und allgemeiner, als die anderer Länder, weil sie raffiniert verdeckt, verlogener und somit weniger sichtbar, angreifbar und infolgedessen nicht ausrottbar war.

Militaristisch-monarchistischer Rummel in Nürnberg.

Die Reichswehr sorgt für Ausschmückung.

SPD. München, 24. August.

Aus dem jetzt vorliegenden Programm des sogenannten Armee- und Marine-Gedenktages in Nürnberg ist zu ersehen, daß dabei auch im Einverständnis mit der bayerischen Regierung und dem Wehrkreiskommando 7 Fahnen der alten bayerischen Armee eine Hauptrolle zu spielen haben. Diese Fahnen werden bereits am Freitag mit einem Ehrengeleit nach Nürnberg abtransportiert und am dortigen Bahnhof von einer Ehrenkompagnie Stahleimer feierlich in Empfang genommen. Wieviel Angehörige der Reichswehr bei diesem Transport und überhaupt bei dem ganzen schwarzweißen Rummel in Nürnberg sich beteiligen werden, ist eine Frage, die in erster Linie den republikanischen Reichswehrminister Geisler beschäftigen müßte; denn es ist vorauszusetzen, daß die ganze Veranstaltung einen verrauchelten Charakter erhalten und dabei in den Reden und Rundgebungen aller Art gegen die Republik demonstriert werden wird. Interessant ist auch, daß die nach Nürnberg kommandierten berückichtigten gelben Streifbreechewerbande der sogenannten Reichsbund wasserländischer Arbeiter- und Werkvereine unter Führung des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schmitt dort gleichzeitig ihren Verbandstag abhalten. Die Gemischtheit der Prinzen, Generale und wasserländischen Verbände mit dieser Schutztruppe des Kapitals offenbart deutlich, wie alles andere den volksfeindlichen Charakter dieses Armee- und Marine-Gedenktages. Das Protektorat hat bekanntlich Kupprecht von Wittelsbach übernommen, der am vergangenen Sonntag an der bayerisch-schweizerischen Grenze eine weiß-blaue monarchistische Fahnenweihe mitmachte und sich dabei u. a. auch von einer Deputation „geknechteter Deutschböhmern“ huldigen ließ. In seiner Antwort legte Kupprecht das Versprechen ab, daß er die Aufgabe seiner Stellung in der Zukunft nicht in der Repräsentation, sondern in der Arbeit erblicke. Offenbar um sich selbst Lügen zu strafen, begibt sich die bayerische Majestät am kommenden Sonntag zur Repräsentation gegen Verfassung und Republik nach Nürnberg.

Der Reichswehrminister ließ schon vor mehreren Wochen erklären, daß an dem Armee- und Marine-Gedenktage in Nürnberg weder die Reichswehr teilnimmt noch die Bläse des Militärs oder gar Materialisten aus den Beständen der Reichswehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Jetzt erfährt man, daß 7 Fahnen der alten bayerischen Armee anlässlich der antirepublikanischen Rundgebung der Kriegsgewinnler und Konsortien in Nürnberg zur Schau stehen sollen. Wie steht es damit, Herr Reichswehrminister? Ist ihre Erklärung wahr oder bestreiten sie die Angaben der schwarzweißen Feinde der Republik? Es hat den Anschein, daß die Spitzen der Reichswehr wieder einmal befohlen haben und die unteren Organe, wie schon oft, das Gegenteil von diesen Befehlen tun.

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 24. August.

Die Reparationskommission hat heute eine Sitzung abgehalten, in der sie von der Ernennung des Senators Chapsal zum französischen Delegierten an Stelle Barthous Kenntnis nahm. Der italienische Delegierte Marquis Salvo Raggi richtete hierbei an Barthou Worte des Wohlwollens und bewillkommnete den neuen französischen Delegierten Chapsal, worauf Barthou und Chapsal antworteten. Auf Vorschlag des englischen Delegierten wurde der französische Delegierte Chapsal einstimmig dazu bestimmt, den Vorsitz bei den Arbeiten der Reparationskommission zu führen. Die Reparationskommission nahm außerdem einen Vortrag des Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, entgegen und prüfte verschiedene auf der Tagesordnung stehende Fragen.

Die Aktion der Renaudelgruppe.

Von Dr. J.-B. Sévérac (Paris), 2. Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Vor einigen Tagen hat die „Die Socialiste“ (Sozialistisches Leben), die Wochenschrift des Genossen Pierre Renaudel, des Führers des rechten Flügels unserer Partei, ein öffentliches Protestschreiben gegen die jüngsten Entscheidungen unserer Parteileitung veröffentlicht. Der erste Vorwurf, den Renaudel und seine Freunde gegen die Commission Administrative Permanente (Partei-Vorstand) richten, wendet sich gegen den Beschluß der C.V., die Frage der Anwesenheit sozialistischer Delegierter im Völkerverbund durch die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale regeln zu lassen. Weiterhin wird hierzu bedauert, daß die C.V. ihre Vertreter in der Exekutive der S.A.I. angewiesen habe, bei der Regelung dieser Frage den Standpunkt zu vertreten, daß ein sozialistischer Delegierter im Völkerverbund nicht Bevollmächtigter einer bürgerlichen Regierung sein könne. Auf die Frage der Regierungsteilnahme zurückkommend, bedauern Renaudel und seine Freunde, daß die Partei den Eintritt in das Kabinett Herriot abgelehnt habe. Sie sehen in dieser Weigerung einen Beweis dafür, daß die sozialistische Partei vor der Verantwortung zurückweicht und auf jede „politische Tat“ verzichtet, um sich in die Abstinenz zu flüchten. Renaudel und Genossen beklagen sich endlich darüber, daß ihre Richtung nicht im Parteivorstand vertreten sei.

Auf die Vorwürfe der Renaudel-Gruppe braucht in den Einzelheiten nicht eingegangen zu werden. Daß die Haltung der C.V. bei den angeschnittenen Fragen richtig war, ist so von der Parteigenossenschaft befunden worden und die Geschichte wird das letzte Urteil hierüber fällen. Was jedoch die Klage der Renaudel-Gruppe, ihre Richtung sei in der C.V. nicht vertreten, betrifft, so muß dies am meisten bedauern, denn es waren ja gerade unsere Genossen vom rechten Flügel, die auf dem Parteitag von Clermont-Ferrand sich weigerten, die ihnen nach dem Proporz zugestandenen Sitze in der C.V. einzunehmen, die noch immer zu ihrer Verfügung stehen.

Die Veröffentlichung dieses Manifests hat gewissen bürgerlichen Zeitungen wieder einmal den Anlaß gegeben, von einer Krise der Sozialistischen Partei zu sprechen. Manche kündigen auch bereits eine Spaltung an. Das ist freilich nur ein frommer Wunsch. Zweifelsohne hat die Renaudel-Gruppe einige Akte begangen, die, ohne die Einheit der Partei in Gefahr zu bringen, jedoch ihren inneren Zusammenhalt bedrohen und wenn nicht eine Krise eröffnen, so doch genügend Schwierigkeiten erstehen lassen.

Der erste dieser Akte bestand (wenn wir die Disziplinbrüche der Renaudel-Gruppe in der Kammerfraktion aus der früheren Zeit hier außer acht lassen) darin, daß die Genossen um Renaudel den Eintritt in den Parteivorstand verweigerten. Der zweite war bei der letzten Regierungskrise zu verzeichnen, wo eine Anzahl von Abgeordneten unter Führung Renaudels öffentlich eine Protesterklärung gegen die Entscheidung der Parteinstanzen, die die Regierungsbeteiligung ablehnten, verbreitete. Der dritte Akt endlich ist durch die Veröffentlichung des jetzigen Manifests begangen worden, das sogar, bevor es dem Parteivorstand, an den es doch gerichtet war, zugeht, bereits in der Presse bekanntgegeben wurde.

Diese Kampfmethode ist sicher sehr betrüblich. Sie riskiert es tatsächlich, von der andern Seite ganz natürliche Abwehrmaßnahmen herbeizuführen und uns auf diese Weise auf einen Weg zu drängen, von dem man wohl weiß, wo er beginnt, aber von dem man nie weiß, bis wohin er führen kann.

Durch diese Mitteilung des Genossen Sévérac wird unsere vor einigen Tagen ausgesprochene Vermutung, daß an der Parteiklone der 17 unzufriedenen Abgeordneten wiederum Renaudel als Führer beteiligt sei, bestätigt.

Pilsudskis Säuberungsaktion.

Der Ost-Express berichtet aus Warschau: In den höheren Armee- und Verwaltungssphären in Polen erfolgen weiterhin umfangreiche Personalveränderungen. Nachdem die vorletzte Nummer des Militärblatts bereits 9 neue Ernennungen von Regierungskommandeuren und 47 Amts- und Ortsverlegungen von Obersten und Oberstleutnants enthielt, werden in der letzten Nummer weitere Neuernennungen von Regimentskommandeuren, insbesondere in der Warschauer Garnison, veröffentlicht. Die Garnison von Warschau hat nunmehr ausschließlich pilsudskirene Kommandeure. Das ehemalige Gebäude der Fahrschule ist von dieser endgültig geräumt worden, und wird von jetzt ab von der Generalinspektion der Wehrmacht belegt werden. Auch die Wohnungen und Bureaus der Armeeinspektoren werden in dieses Gebäude verlegt. Seitern erfolgte der erste Appell der neu ernannten Armeeinspektoren; es sind dies General Jelgowski, Andzi-Smigla, Skierski, Dmowski, Komar, Neugebauer, Rybat, Pata, Burhardt, Drejer und Kummel. Vier davon gehen in die Grenzgebiete, nämlich nach Wilna, Lemberg, Krakau und Posen; die übrigen Armeeinspektoren bleiben in Warschau zur unmittelbaren Verfügung des Generalinspektors der Wehrmacht. Die sonstigen früheren territorialen Inspektionen, sowie drei Fachinspektionen für Infanterie, Kavallerie und Artillerie sind aufgehoben worden. Im Innenministerium stehen die Ueberfungen der Wohnwonen von Kowogrod, Poleske und Woschnin bevor, sowie die Neuernennung des Chefs des Politischen Departements.

Weitere „Reinigung“ in Moskau.

Die in der folgenden Meldung berichteten Revirements in wichtigen Sowjetstellen dürften mit der allgemeinen „Reinigungs“-Aktion in Moskau zusammenhängen.

Moskau, 24. August (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Mitglied des Revolutionären Kriegsrates und Kommandant der Seestreite der Roten Flotte Soff wurde seines Postens enthoben und durch den früheren stellvertretenden Kommandeur der Luftstreitkräfte Mutilewitsch ersetzt. Die Oberverwaltung der Roten Armee ist einer Umgestaltung unterzogen worden. Sie vereinigt nunmehr in sich das Oberinspektorat der Armee, die Leitung der Militärschulen und die Topographische Abteilung des Armeestabes. Im Zusammenhang damit wurde Sergej Kamenev, Mitglied des Revolutionären Kriegsrates und Oberinspektor der Roten Armee, zum Leiter der Oberverwaltung und der bisherige Leiter der Oberverwaltung Lewitschew zum Stellvertreter Kamenevs ernannt.

Im Zeichen der Eisenbahn-Katastrophen.

Reichsbahn-Sorgen um Hindenburg.

SPD. Zwickau, 24. August.

Eine treffliche Illustration zur Gleichberechtigung der Staatsbürger vor dem Gesetz und zu dem Vertrauen, das man in höchsten Kreisen zu der Reichsbahn hat, ergibt folgende Tatsache: Der Reichspräsident benutzte am letzten Sonnabend den D-Zug 24 Berlin-München. Zwei Salonwagen und ein Schlafwagen waren hierfür besonders eingestellt. Im Bezirk zwischen Werdau und Reichensbach war für die Sicherung des Zuges für je einen Kilometer ein Streckenarbeiter aufgestellt. Das Gleis wurde zuvor streng untersucht. In Werdau begannen außer den Streckenarbeitern noch zwei Oberinspektoren und drei Inspektoren die Strecke, außerdem bewaffnete Trupps der Bahnpolizei. Darüber hinaus aber wurde die ganze Strecke durch eine leerlaufende Lokomotive fünf Minuten vor dem D-Zug befahren. Da man nicht annehmen kann, daß es sich hierbei um besondere Maßnahmen der Eisenbahndirektion Zwickau gehandelt hat, muß man wohl annehmen, daß auf der ganzen Strecke, von Berlin nach München ein solcher Sonderdienst eingerichtet worden war. Der Vorgänger Hindenburgs hätte es wohl kaum gewagt, daß man seiner Person wegen ein solches Theater aufführte.

Der deutsche Spieler wird es natürlich ganz in der Ordnung finden, daß man für „unseren“ Hindenburg einen derartigen Aufwand von Bahnschutz gemacht hat. Der kritisch denkende „gewöhnliche Staatsbürger“ wird allerdings andere Schlüsse aus diesen Vorgängen ziehen. Er wird vor allem der Ansicht sein, daß es verdammt faul im Reichsbahnbetriebe aussehen muß, wenn so umfassende Sicherungsmaßnahmen für notwendig erachtet wurden. Schließlich darf man ja wohl auch an die Reichsbahnverwaltung die Anfrage richten, ob denn der eine Hindenburg mehr wert ist, als die vielen hundert Menschen, die in jedem gut besetzten Zug zusammenfassen und die man ohne ausreichende Sicherung allen Katastrophengefahren aussetzt. Anstatt für Hindenburg ein Uebermaß von Sorgfalt an den Tag zu legen, sollte man für die reisenden Millionen dasjenige Maß von Jugtsicherung endlich durchzuführen, das die Unfallgefahren wirklich auf ein Minimum reduziert.

Wazillegeist in der Schule.

Der neue Reichsschulgesetzentwurf überläßt es den Ländern, innerhalb der vom Reich festgelegten Schulgrundsätze ihre eigene Schulgesetzgebung zu machen. Wie weit diese Grundzüge Bindungen schaffen, wie weit sie Spielraum lassen, das ist die entscheidende Frage. Jedenfalls sieht man schon jetzt, daß das Ziel der Vereinheitlichung der Bildung in weite Ferne rückt. Weht der Schulgesetzentwurf des Reichsinnenministeriums durch, dann wird die Praxis so werden, daß unter den gleichberechtigten Schulformen zunächst die historische, überlieferte Form als das Gegebene angesehen wird und die Abweichungen von dieser Form vom Willen der Erziehungsberechtigten abhängen. Wenn nun der ganze Schulkampf wirklich damit enden sollte, daß unter der Parole der Gewissensfreiheit die überwältigende Uebermacht der historischen Schulformen stabilisiert wird, dann müssen für die Sicherung der weltlichen Schule Bestimmungen geschaffen werden, die Hörner und Zähne haben. Ist das nicht der Fall, dann können die Anhänger der weltlichen Schule in der Praxis ihr blaues Wunder erleben.

Was sie zu erwarten haben, zeigt die geradezu unglaubliche Art, mit der Iobben der württembergische Staatspräsident, der das Kultusministerium im Nebenamt verwaltet, sich über den Antrag des Elternbetrats von Schweningen auf Errichtung einer weltlichen Schule hinweggesetzt hat. Wazille beruft sich auf das Volksschulgesetz von 1909 und auf Artikel 174 der Reichsverfassung, wonach die Errichtung von weltlichen Schulen nicht möglich sei. Ferner erklärte er, die Errichtung von Sammelklassen für die vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder der evangelischen Volksschule in Schweningen könne aus pädagogischen und technischen Gründen nicht gestattet werden. Für die Einführung eines behördlich genehmigten Lebenskundeunterrichts fehlten im Lehrplan der württembergischen Volksschule die Voraussetzungen.

Wir haben hier ein Musterbeispiel dafür, wie in geradezu schändlicher Art von den Gegnern der weltlichen Schule der sonst von ihnen in den Himmel gehobene Grundsat der Gewissensfreiheit mit Füßen getreten wird. Der Vorgang in Württemberg und die auf dem Katholikentag in Breslau aufgestellten Forderungen des Zentrums zeigen den Anhängern der freien Schule, was sie zu erwarten haben, wenn das Reichsschulgesetz nach dem Willen der Dunkelmänner aller Schattierungen gestaltet wird. Darum müssen alle fortschrittlich gekennnten Volkskreise und besonders die Arbeiter schon jetzt rufen, um in den kommenden Monaten den Kampf gegen die Schulreaktion mit aller Kraft aufnehmen zu können.



Einigung in Norwegen?

SPD. Oslo, Mitte August.

In Norwegen sollen in der nächsten Zeit offizielle Verhandlungen zwischen der norwegischen Arbeiterpartei und der norwegischen sozialdemokratischen Partei zum Zwecke der Wiedervereinigung stattfinden. Diese Nachricht wird unterstrichen durch verschiedene Äußerungen sowohl norwegischer sozialdemokratischer Blätter wie Blätter der Arbeiterpartei, die nicht mehr das Trennende in den Vordergrund stellen, sondern das Einigende hervorheben. Trotzdem ist es angebracht, die Möglichkeit einer Einigung zwar nicht abzulehnen, aber doch eben nur als eventuelle Möglichkeit früher oder später anzulegen.

Die Versuche der sozialdemokratischen und arbeiterparteilichen Seite, sich wieder zusammenzufinden, reichen bis in das vorige Jahr zurück. Sie haben eigentlich sofort begonnen, nachdem die Arbeiterpartei den Anschluss an die Moskauer Internationale abgelehnt hatte und sich dann eine besondere moskau-kommunistische Partei gründete. Das war im Jahre 1922. Von diesem Zeitpunkt an war die norwegische Arbeiterpartei, als die Partei, der die meisten Gewerkschaften korporativ angehörten, gezwungen, die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung zusammen mit den Sozialdemokraten gegen die Versuche der Moskauer-Kommunisten, nun auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Norwegen in Spaltung zu schlagen, zu verteidigen. Es ist gelungen, die Moskauer-Kommunisten, die sich übrigens noch ein halbdenkend untereinander spalteten und verschiedene „Führergarnituren“ erlebigen, bis auf eine ganz kleine Clique zurückzudrängen. Heute ist die Arbeiterpartei sowohl im Parlament wie im gewerkschaftlichen Leben weitans die größte Arbeiterorganisation Norwegens, aber hinter ihr folgt die sozialdemokratische Partei, während die Kommunisten sowohl in den letzten Parlamentswahlen wie bei den Kommunalwahlen Niederlage auf Niederlage einstecken mußten.

Die Kommunalwahlen zeigten sowohl den Arbeiterparteilern wie den Sozialdemokraten, welcher Wahnsinn ihre gegenseitige Feindschaft war. Es gelang den Sozialdemokraten nicht, gegen die Kandidaten der Arbeiterpartei aufzukommen, weil sie in kommunalen Dingen einfach nichts anderes zu sagen hatten als die Redner der Arbeiterpartei. Ähnlich war es in der letzten Zeit in der Innenpolitik. Gegenüber den liberalen und konservativen Regierungen mußten Sozialdemokratie und Arbeiterpartei in allen innenpolitischen Fragen die gleiche Haltung einnehmen. Der Gegensatz der beiden Parteien liegt heute überhaupt fast ausschließlich nur auf außenpolitischem Gebiet. Die Arbeiterpartei lehnt den Völkerbund und damit im Parlament die Bewilligung von Geldern für die Genfer Vertretung ab. Sie lehnt weiter das Internationale Arbeitsamt ab, da sie in Thomas, dem französischen Munitionsminister des Krieges, nicht den Mann sieht, der das Vertrauen der internationalen Arbeiterkraft besitzen kann. Aber sie lehnt auch die Zugehörigkeit zur Arbeiterinternationale ab und weist darauf hin, daß sie allzu platonisch gegen den Versailler Frieden und für die Rechte der Minderheiten Stellung genommen hätte. Innenpolitisch bleibt als einziger Streitpunkt die Stellung zur Militärfrage übrig, indem die Arbeiterpartei den Übergang zur Wehr, als Vorstufe einer Arbeiterbewaffnung fordert, während die Sozialdemokraten die völlige Abrüstung Norwegens, entsprechend den Versuchen der dänischen Sozialdemokraten, verlangen.

Diese drei Streitpunkte stehen vorläufig aber nicht im Vordergrund der norwegischen Politik. Norwegens Rolle im Völkerbund ist nicht bedeutend, ebenso sind die Summen, die an den Völkerbund und das Arbeitsamt von Norwegen abgeführt werden, nicht sehr hoch. Auch die Militärpolitik ist kein aktuelles Problem, und sowohl die Arbeiterpartei wie die Sozialdemokratie wissen, daß weder eine Arbeitermiliz noch eine Abrüstung im Sturz durchzuführen ist. Es bleibt also als Hauptstreitpunkt die Zugehörigkeit zur Arbeiterinternationale, die Arbeiterpartei gehört keiner Internationale an, wenn man nicht gerade das englisch-russische „Einigungsbureau“ als Internationale auflassen will. Die Sozialdemokratie aber denkt nicht daran, ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterinternationale aufzugeben und vertritt mit Recht die Ansicht, daß die Arbeiterpartei innerhalb der Internationale ihren Standpunkt soviel sie will zum Ausdruck bringen kann. Nun aber gibt es einen Mann in der norwegischen Arbeiterpartei, für den eine Rückkehr in die westeuropäische Internationale die größte Blamage seines Lebens bedeuten würde. Das ist Trammøll, früher Sekretär der geeinigten norwegischen Partei, dann aber der, der zugunsten Moskaus die erste Spaltung herbeiführte und zu dem Zweck die Internationale in Grund und Boden herunterriß. Er kann nicht in die gleiche Internationale zurückkehren, der er alles Schlimmste, was es auf Erden geben kann, durch Jahr und Tag angehängt hat. Die Frage der Einigung wird so zu einem großen Teil zu einer Personfrage. Ohne Opferung Trammølls kann eine Einigung der beiden Parteien nicht erfolgen. Er ist zwar in der Arbeiterpartei in der letzten Zeit stark in den Hintergrund getreten, sein vergebliches Liebeswerben um Moskaus Gunst hat ihm auch in den Augen seiner eigenen Anhänger sehr geschadet, aber ob sich die Partei dazu aufschwingen kann, gegen seinen Willen einen Zusammenschluß zu vollziehen, ist vorläufig immerhin noch fraglich. Die Momente, die zu einer Einigung drängen, mehren sich trotzdem von Tag zu Tag. Bei der alten Sozialdemokratie sind die Führer geblieben, die Massen sind zur Arbeiterpartei gegangen; gelingt es, beide wieder zu vereinen, so verliert die norwegische Arbeiterbewegung über eine Stärke wie nie zuvor. Vor allem aber würde eine Einigung gleichzeitig die völlige Erledigung Moskaus in Norwegen bedeuten.

Vor der bulgarischen Antwortnote.

II. Sofia, 24. August.

Außenminister Buroff ist nach Warna abgereist, um dem König den Entwurf der Note an die Nachbarstaaten zu unterbreiten. Man nimmt an, daß die Note am Mittwoch überreicht werden wird, jedoch ist mit Rücksicht auf den Umsturz in Griechenland eine neue Verzögerung nicht ausgeschlossen.

III. Belgrad, 24. August.

Die jugoslawische Regierung hat an den Völkerbund ein Memorandum gerichtet, in dem sie für sich sowie für Rumänien und Griechenland die Teilnahme an dem Ausschuss beantragt, der die Verwendung der Bulgarien zu gewährenden Flüchtlingsanleihe kontrollieren soll. Ohne ein sicheres Kontrollsystem sei zu befürchten, daß die Anleihe in Bulgarien eine Atmosphäre schaffe, die eine Gefahr für den Frieden in diesem Teile Europas werden könnte.

Wir erhalten von der Auslandsvertretung der Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation ein Manifest des Zentralkomitees der I.M.R.O. (gez. Protogueroff, W. Michailoff u. a.). Es heißt in dem Manifest der I.M.R.O., die an den jüngsten Unruhen an der bulgarischen Grenze Anteil hatte, u. a.

„Der Balkan ist krank. Das Zentralkomitee der I.M.R.O. erklärt, daß es einen wahren Frieden, einen dauerhaften Frieden auf dem Balkan nur geben wird, wenn kein Balkanvölkchen Teile eines andern Balkanvolks mehr vergewaltigt; wenn jedes historisch entstandene Balkanland — und als solches auch Makedonien — sich selbst regiert. Damit wird dann auch der Weg für die Vereinigten Balkanstaaten freigelegt.“

Die größte Ungerechtigkeit in den Friedensverträgen ist Makedonien gegenüber geschehen. Es ist sowohl durch die Gesetze seiner geographischen Lage als auch durch den Volkswillen unteilbar — und doch wurde es in drei Teile zerissen. In dieser Fremdherrschaft über Makedonien liegt eine dauernde Krise auf dem Balkan. Diese Krise besteht seit einem halben Jahrhundert, seitdem die Makedonier die Kämpfe

für ihre nationalen Rechte, ihre politische Freiheit und Selbstverwaltung führen.“

Der an uns gerichteten Bitte, diese Deklaration „in extenso zu publizieren“, haben wir hiermit entsprochen. Aber einige Bemerkungen seien uns gestattet. Wir Sozialisten sehen die Möglichkeit einer Befriedung des balkanischen Hegeles nicht so einfach gegeben, wie es da und dort in der sogenannten Lösung eines Balkan-Locarno verstanden wird, auch nicht in dem Weg, den die I.M.R.O. weist. Wir wollen uns bei der Erwägung dieser Möglichkeiten nicht viel aufhalten und betonen nur eins: Die makedonischen Revolutionäre der Protoqueroff'schen Organisation haben das Schicksal aller Nationalrevolutionäre geteilt. Ihre Bestrebungen wurden in den Diensten der bulgarischen und jetzt gar noch der italienischen Regierung gestellt. Was ihnen auch von der kommunistisch angeführten Konturrenzorganisation I.M.R.O. Unruhe neuerdings zum Vorwurf gemacht worden ist. Wir wollen hierbei nicht näher untersuchen, inwieweit bei der Ernennung des Führers der letztgenannten Organisation, Todor Alexandroff, Protoqueroff seine Hände im Spiel gehabt hat. Die Protoqueroffrevolutionäre haben sich häufig als Werkzeuge der bulgarischen Kabinette, die durch ein Meer von Arbeitern waten, auszuweisen lassen, und auch das vorliegende Manifest macht tiefe Verwundungen vor der bulgarischen Regierung, lobt Bulgariens Bemühungen, sich mit seinen Nachbarn und der ganzen Welt gut zu stellen“ usw. Das sind die Absichten der bulgarischen Regierung der Arbeitermörder? — Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, tagte das Komitee der I.M.R.O. unter den Auspizien Mussolinis in Rom. Wenn die I.M.R.O. glaubt, daß die Henkerrechte am Proletariat die berufenen Führer zur Sicherung des Balkanfriedens sind, dann ist die Auffassung der internationalen Sozialisten gerade die gegenteilige.

Die Erbitterung gegen Pangalos.

SPD. Athen, 24. August.

Der gestürzte Diktator Pangalos wurde am Dienstag mit Rücksicht auf die Sicherheit seines Lebens von Athen nach Regina transportiert. Die vor dem Militärhospital lagernde Menge forderte am Montag wiederholt seinen Kopf. Die Regierung sah sich deshalb zu dem Abtransport gezwungen. — Der von Pangalos abgesetzte frühere Staatspräsident Konstantinos erklärte sich bereit, die Präsidentschaft bis zur endgültigen Regelung durch Neuwahlen zu übernehmen. Die Bildung eines Koalitionskabinetts steht unmittelbar bevor.

Bildung einer Koalitionsregierung beschlossen.

Athen, 25. August.

Die Verhandlungen, die unter Vorsitz des Admirals Konstantinos, General Kondylis mit den Parteiführern führte, sind kurz vor Mitternacht abgeschlossen worden. Die Bildung eines Koalitionskabinetts ist grundsätzlich beschlossen worden. Die Frage der Verteilung der Ministerämter und des Vorherrsches in der neuen Regierung soll heute entschieden werden. Auch die Frage der Befugnisse des Präsidenten der Republik soll bereits grundsätzlich geregelt worden sein.

Berlin, 25. August.

Der Lokalanzeiger meldet aus Sofia, daß im Gebiete nordwestlich von Saloniki ein andauerndes, hartes Artilleriefeuer zu hören sei. Der bulgarische Grenzschutz habe bereits Anstalten getroffen, um den Rücktritt stehender griechischer Truppenkörper zu verhindern. Die Annahme liegt nahe, daß die Unruhen in Bulgarien doch auf einen, wenn auch teilweisen, Widerstand gestoßen ist.

Tanger und Genf.

SPD. Paris, 24. August.

Der spanische Kabinettsrat hat unter dem Vorsitz des Königs beschlossen, in der Frage des Ratsstages die bisherige Pläne weiter zu verfolgen. Die spanischen Vertreter in Paris, Rom und London wurden angewiesen, die spanischen Ansprüche auf Tanger nochmals bei den zuständigen Regierungen entschieden zu vertreten. Der spanische Außenminister Pangas wird an der Völkerbundstagung nicht teilnehmen.

SPD. Stockholm, 24. August.

Als Vertreter der schwedischen Regierung wird an der Sitzung des Völkerbundsrats der frühere Außenminister Genosse Professor Uden mit dem Unterstaatssekretär Sjöberg teilnehmen. Die Vertretung in der Vollversammlung übernimmt dagegen der Staatsminister Elmann. Die schwedische Delegation hat den Auftrag, wie im März auch auf der kommenden Tagung die Auffassung zu vertreten, daß außer Deutschland keinem anderen Staat auf der Septembertagung ein ständiger Ratsitz zugestimmt werden soll.

SPD. Warschau, 24. August.

Der polnische Außenminister Jaleski reist am Mittwoch zur Völkerbundstagung nach Genf. Wie verlautet, wird er sich in Paris aufhalten, wo zwischen Briand und ihm eine Besprechung stattfinden soll.

SPD. Paris, 24. August.

Der Temps meldet aus Tokio, daß einem Beschluß des japanischen Ministerrats zufolge dem japanischen Vertreter beim Völkerbund, Graf Ishi, für die Entscheidungen während der kommenden Völkerbundstagung völlige Handlungsfreiheit geschenkt worden ist. Das soll insbesondere für die Neuverteilung der Ratsitze gelten.

Deutsche Parlamentarier in der Völkerbundsdelegation.

Der Vorwärts meldet: Der deutschen Delegation zum Völkerbund werden auch Parlamentarier angehören. Als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Abg. Dr. Breitscheid nach Genf gehen. Von der Zentrumsfraktion ist der Abg. Kras, von der Deutschen Volkspartei Abg. Freyerr v. Rheinbaben in Aussicht genommen.

Das neue Urteil gegen die Frankenfälscher.

II. Budapest, 24. August.

Heute mittag 1 Uhr verkündete der Präsident der königlichen Tafel das Urteil im Frankenfälscherprozess. Die königliche Tafel betrachtete bei Radossy sowie beim Fürsten Windisch-Grach die Fälschung als Dokumentenfälschung und verurteilte beide wegen Teilnahme an der Frankenfälschung und wegen Fälschung in sieben Fällen zu je 4 Jahren Zuchthaus und 10 Millionen Geldstrafe. Bei General Hajos und General Kurz bleiben die Strafen von je einem Jahr Kerker unverändert. Beim Angeklagten A. A. B., dem Privatsekretär des Fürsten Windisch-Grach wird die Kerkerstrafe von 1 1/2 Jahren auf ein Jahr herabgesetzt, die Geldstrafe von 2 Millionen auf 3 Millionen Kronen erhöht. Für die Angeklagten des kartographischen Instituts bleiben die Strafen von 8 Monaten unverändert. Für die Angeklagten Amador und Schwab wurden die Strafen von acht auf sechs bzw. von sieben auf sechs Monate herabgesetzt. Winkler erhielt statt 4 Monate 3 Monate, Warga statt einem Monat Kerker eine Million Kronen Geldstrafe. Doszaryn statt 5 Monate Kerker 7 Millionen Kronen Geldstrafe. Markovic und Krowas statt 1 Jahr Kerker 10 Monate Gefängnis Baros und Szorcsy wurden erneut freigesprochen. Die Geldstrafe wird nur bei den beiden ersten Angeklagten für einbringlich erklärt.

Schwarzrotgoldene Mensuren.

Das Berliner Tageblatt brachte dieser Tage eine Zuschrift von einem „Burschenbunds-Convent“ (B.C.), Verband nationalfreier Korporationen“, der als Zusammenfassung von „freiwillig genähten“ republikanischen Studentenverbindungen für Zuwachs dieser Familie wirbt. Wir haben über das, was dieser Artikel an Segenreichem des farbenstudentischen Wirkens verkündet, kein Wort zu verlieren; ob dieser studentische Firleisanz sich in schwarzweißrote oder schwarzrotgoldene Couleur kleidet, ändert an dem Widsinn nicht viel. Die wirklich republikanischen, d. h. sozialistischen Studenten haben mit diesem Unfug auch nichts zu schaffen.

Uns interessiert hierbei ein anderes. Wie nämlich in dem Artikel angegeben wird, ist das neuartige Gezücht ein Verband „Bestimmungssektionen der Korporationen“. Zum Verständnis des Lesers: Eine Bestimmungs-Mensur ist ein zwischen Mitgliedern zweier befreundeter Studentenverbindungen ausgetragenes Duell, wobei das Hackfleisch durch die Rechtswarte mittels sogenannter Bestimmungssettel ausgetost wird. Diese Tätigkeit stellt genau die gleiche strafbare Handlung dar (von dem gesellschaftlichen und moralischen Widerfinn ganz zu schweigen), wie die Mensuren schwarzweißroter Studentenverbindungen. Wir haben neulich anlässlich des bei einer Freundschaftsmensur erfolgten Todes des Studenten Behr in einem anderen Teil unseres Blattes die entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches angeführt, die solche Mensuren unter Strafe stellen. Das gilt für Bestimmungs-Mensuren genau so wie für sog. Freundschaftsmensuren. Erfreulicherweise hatten aus dem gleichen Anlaß neben der sozialistischen Presse auch einige demokratische Zeitungen an den bestehenden Zustand, das man so trotz Paragraphen unter den Auspizien der Staatsanwaltschaft sich kaputt hat, scharfe Kritik geübt. So schrieb das Berliner Tageblatt, in dem nunmehr der Artikel der Bestimmungssektionen Studier erscheint, u. a. folgendes:

„Bestimmungssektionen, Freundschaftsmensuren und andere Mensuren sind gesetzlich verboten. Es genügt also nicht, daß die Behörde eingreift, wenn ein Toier am Plage bleibt, sondern sie hat zu verhindern, daß Mensuren geschlagen werden, was ihr keineswegs schwer fallen wird, wenn sie den guten Willen hat. Die Mensuren dulden, wie es bis jetzt überall in Deutschland geschieht, heißt nichts anderes, als die jungen Leute im unklaren über das Ungeheuerliche ihres Tuns lassen, sie zur Geheuerverletzung verleiten.“

Hierzu hätte man eigentlich erwarten müssen, daß das Berliner Tageblatt dem Aufruf des B. C. eine scharfe Kritik angefügt haben würde. Das ist nicht geschehen, vielmehr ist der Artikel in sehr empfehlender Weise aufgemacht worden. Wenn das Berliner Tageblatt sich also zum Sprachrohr des B. C. ergibt und in seinen Spalten für Bestimmung sektionen Korporationen werben läßt, so „verloht“ es durch diese Propaganda zu etwas, wofür es drei Tage vorher eine nicht unpassende Bezeichnung wählte. Die mahnenden Worte des B. C. vom 17. August haben für die eigenen Redaktionskollegen nicht einmal bis zum 20. Wirkung gehabt.

Vielleicht begreift man es, daß die Herren vom B. C. im Zeichen der kommenden Republikanischen Union an schwarzrotgoldenen Mensuren Gefallen finden. Wenn man diesen Ausdruck der Freude noch mit dem anderen verbindet, sich lächerlich zu machen, kann schließlich auch dagegen nichts eingewendet werden.

Der Kampf gegen Benesch.

III. Prag, 23. August.

Der Generalsekretär der tschechischen nationaldemokratischen Partei und Faschistenführer Slavacek kündigt in der Presse eine Beliedigungsklage gegen den Minister Benesch an, um auf diese Weise vor Gericht eine Diskussion der in der letzten Zeit von nationaldemokratischer und insbesondere faschistischer Seite gegen Benesch erhobenen Angriffe wegen der Ablehnung des Generalsekretärs Gajda herbeizuführen. Zwischen den demokratischen und faschistischen Elementen soll innerhalb der nationaldemokratischen Partei ein Konflikt ausgebrochen sein, der sich zu einer Krise der nationaldemokratischen Partei entwickelte. Der Widerstand der Faschisten soll sich gegen namhafte Führer der nationaldemokratischen Partei, darunter gegen den von den Faschisten als Opportunisten verdächtigten Dr. Kramarisch richten.

Nach einer neueren Meldung aus Prag ist das Verfahren gegen Benesch bereits eingeleitet.

Rom und Prag.

SPD. Prag, 24. August.

Die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Italien sind seit langer Zeit nicht die besten. Italien hatte zu wiederholten Malen in sehr scharfer Tone verlangt, daß die Angriffe gegen Mussolini in der Tschechoslowakei eingestellt werden, ein Verlangen, dem die reaktionäre Regierung sogar nachzukommen versuchte, indem sie Matteotti-Festern verbot. Außerdem verließ sie Mussolini den Welken Löwenorden. Trotzdem hat Mussolini anlässlich der Huf-Festern in der Tschechoslowakei den hier lebenden Italienern die Beteiligung an diesen Festern verboten und dafür den Dank der kirchlichen Presse geerntet. Nunmehr wird bekannt, daß Italien die Beteiligung an der Prager Muttermesse telegraphisch abgelehnt hat. Es kann sich wieder nur um ein Zugeständnis Mussolinis an den mit Prag verfeindeten Vatikan handeln. Die Absage wird in Prag als ein feindseliger Akt aufgefaßt und wird sicher nicht zur Verbesserung des gespannten Verhältnisses zwischen den beiden Staaten beitragen.

Potemkin in Holland. Die holländische Filmzentur hat den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ freigegeben. Sie nahm im wesentlichen die gleichen Kürzungen vor, die in Berlin durch das erste Verbot des Films hervorgerufen waren.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Kurt Günther in Leipzig.
Verantwortlich für den Interatenteil:
Hugo Schppand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.



Premier
Schokolade
EIN HOCHGENUSS
PREMIERWERKE, SCHWARZE & RÖDER, LEIPZIG
Zur Messe in Leipzig: Schwalzenhaus Koje 11.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 25. August.

Stolz weht die Flagge...

Neulich kam ich an einem Hinterhaus in der Johannisgasse vorbei. Da hörte ich aus einem geöffneten Fenster den Gesang von Mädchenstimmen. Richtig, hier ist ja die „Baurische Schule“! Das ist eine Privatschule, eine Art Höher-Töchter-Schule für die mehr oder minder hoffnungsvollen Sprößlinge von Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder in eine Privatschule zu schicken. Eine Privatschule ist nicht nur teurer als eine staatliche Anstalt, sondern meist auch pädagogisch nicht so auf der Höhe wie diese. In solchen privaten „Bildungs“-Anstalten pflegt für gewöhnlich schon frühzeitig den Kindern das Bewußtsein des „Anders-als-die-andern-jeins“ eingeplant zu werden. Leichter als in einer öffentlichen Anstalt kann in einer Privatschule ein Kind in jenem Geist erzogen werden, der die Interessen der besitzenden Klassen und der „besseren“ Stände angeht. Daran mußte ich denken, als ich die kleinen Mädchen mit dünnen, piepfigen Stimmen singen hörte:

„Stolz weht die Flagge Schwarzweißrot...“

Gegen Gesangsunterricht für Schulkinder ist nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß dieser Gesangsunterricht zu nationalistischem Unfug mißbraucht wird. Das ehemalige Flaggensied, ursprünglich als Operettenschlager entstanden, war vor dem Kriege bereits ein Leib- und Magenlied des Schwarzweißrotens Untertans. Auch heute noch singen diese ewig Unbelehrbaren dieses Lied. In deutschen Seebädern, wo die Schwarzweißrote Parteilafarne immer noch den Strand beherrscht und das Flissen der Farben dieser Republik als eine Protovotation angesehen wird, kann man während der Saison den einstigen Operettenschlager größten hören. Besonders nach reichlichem Alkoholgenuß macht er sich sehr hübsch. Für erwachsene Menschen, die auf solche Art bei passender und unpassender Gelegenheit Selbstbildung ihrer nationalistisch verborgenen Triebe üben, ist an dieser Stelle jedes Wort zu schade. Da können wir nur geduldig warten, bis eine verrottete Generation, die eigentlich schon längst tot ist, ohne daß sie etwas davon merkt, endgültig vom Schauplatz der Geschichte abgetreten ist. Aber die Jugend — auch die der besitzenden Klassen — gilt es, vor nationalistischen Kaufgüsten zu schützen. Wir dulden nicht, daß ihre Symbole eingeeimpft werden, die sie später einmal immun für ein neues Deutschland machen werden. Wir wollen nicht, daß diese Jugend in ein freundschaftliches Verhältnis mit den Farben gebracht wird, die wir mit Abscheu noch heute lässlich an den Kränzen auf den Gräbern der Kathenaumörder bei Köfen sehen können. Solche tendenziöse Erziehung aber geschieht, wenn man diese Kinder singen läßt:

„Dir woll'n wir treu ergeben sein
Getreu bis in den Tod,
Dir woll'n wir unser Leben weih'n,
Der Flagge Schwarzweißrot!“

Die Erziehung ist eine soziale Angelegenheit. Auch Kleinigkeiten oder das, was dem Erwachsenen so dünkt, sind für den Jugendlichen von weittragender Bedeutung. Leider gibt es auch begüterte Republikaner, die ihre Kinder in solche Privatschulen schicken. Sie mögen dafür Sorge tragen, daß eine scharfe Kontrolle solcher Anstalten erfolgt. Noch besser aber ist es, die Kinder überhaupt nicht mehr in Privatschulen zu senden, damit endlich einmal diese Anstalten, die meistens von einem starken asozialen Geist erfüllt sind, ganz von der Bildfläche verschwinden. Homo.

Wintersemesterbeginn der höheren Berufsschulen.

Am 4. Oktober beginnt der Unterricht der höheren Berufsschulen für das Winterhalbjahr 1926/27. Die Aufnahmepfahrungen für die Höhere Maschinenbauerschule, Höhere Technische Lehranstalt für Maschinenbau, Elektrotechnik, Betriebstechnik nehmen am 30. August, früh 8 Uhr, ihren Anfang. Anmeldungen werden nur noch bis 28. August angenommen.

Die Höhere Gewerbeschule für die Metallindustrie hat einen vierjährigen Lehrgang. Ein Jahr voller Tagesunterricht vor der Lehrzeit, drei Jahre wöchentlich 13 bzw. 12 Stunden Unterricht während der Lehrzeit. Das Abschlußzeugnis berechtigt zum Eintritt in die Höhere Maschinenbauerschule der Stadt Leipzig. Nach zweijährigem Besuche sind die Schüler vom Besuche der Berufsschule befreit. — Dieser Lehrgang beginnt nur zu Ostern.

Außerdem bestehen an der Höheren Gewerbeschule nachstehende Abteilungen:

- a) Vorschule zur Höheren Maschinenbauerschule für ehemalige Fortbildungsschüler (Abendschule).
b) Vorschule zur Höheren Maschinenbauerschule für Absolventen der Realschule usw. (Praktikantenturfus),
c) Werkmeisterlehre (Abendschule),
d) Betriebsfachschule (Abendschule).

Im Winterhalbjahr 1926/27 werden neue Kurse eröffnet in den Abteilungen a und c. — Anmeldungen zu diesen Kursen und zu dem Ostern 1927 beginnenden vierjährigen Lehrgang der Höheren Gewerbeschule (im Anschluß an die Volksschule) werden in der Zeit vom 1. bis 8. September Montags bis Freitags 10—12 und 4—6 Uhr angenommen. — Voraussetzungen sind: Geburtsurkunde, Schulzeugnisse und evtl. Gesellenbrief bzw. Lehrgangsnote.

Das Schulgeld beträgt a) bei vollem Tagesunterricht vierteljährlich 24 M., Aufnahmegebühr 10 M., Abganggebühr 10 M., Büchereibetrag 2 M., b) für einen wöchentlich 13stündigen Abendkursus 13,50 M., vierteljährlich, für einen wöchentlich zwölfstündigen Abendunterricht 10,80 M., vierteljährlich. — Auswärtige und Ausländer zahlen die doppelten Beträge. — Auswärts wohnende Schüler, die in Leipzig arbeiten, zahlen den einfachen Satz. — Auswärtige haben Porto beizufügen.

Die Kunstgewerbeschule eröffnet am 4. Oktober ihre Tagesklassen und Werkstätten für Innenarchitekten, Tischler Drechsler, Bildhauer, Keramiker, Dekorationsmaler, Tapezierer, Kunstschmiede, die sich in der Handwerkererschule oder anderswo eine genügende Vorbildung angeeignet haben.

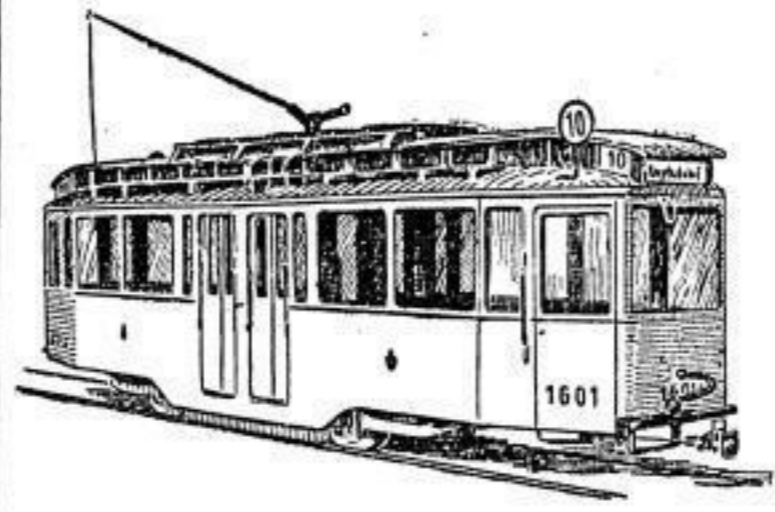
Ebenso beginnt am 4. Oktober die Handwerkererschule ihren Unterricht, und zwar die Tagesschule im Anschluß an die Volksschule zur Vorbereitung auf einen gewerblichen oder kunstgewerblichen Beruf. — Vierjähriger Lehrgang mit 38 Wochenstunden im ersten und wöchentlich 13 bzw. 12 Stunden in den drei folgenden Schuljahren. — Nach zweijährigem Besuche sind die Schüler vom Besuche der Fortbildungsschule befreit.

Ferner die Abendschule für Gehilfen, die sich auf die Meisterprüfung oder auf den Besuch der Kunstgewerbeschule oder der Bauerschule vorbereiten wollen, sowie die Werkmeisterlehre für kunstgewerbliche Berufe und das Folgewerbe (Abendschule).

Außerdem die Volkerschule für die baugewerblichen Berufe (Abendschule), Fachklassen für Bau- und Möbelschüler,

Neue Straßenbahnwagen.

Dieser Tage werden in den Leipziger Straßenbahnverkehr neuartige Wagen eingestellt. Wir haben schon vor Monaten einmal darüber berichtet. Es sind Wagen, die ihren Einstieg nicht an den Wagenenden, sondern in der Mitte haben, ähnlich einem Eisenbahnwagentyp im württembergischen Bahnverkehr. Aber nicht die Verlegung des Einstieges allein gibt dem Wagen ein anderes Aussehen. Auch die Einstiegsstufen sind fortgefallen. Der Einstiegsflur ist so niedrig gelegt, daß sich die Andringung von Stufen erübrigt. Die eingestiegte Abbildung gibt ein anschauliches Bild des neuen Wagentyps. In einigen Gegenden Deutschlands werden diese Wagen schon seit einer Reihe von Monaten gefahren. So auf der Straßenbahnstrecke von Barmen nach Solingen. Sie haben sich allgemein gut eingeführt, erfreuen sich bei den Fahrgästen einer großen Beliebtheit und haben sich auch verkehrstechnisch durchaus bewährt. Die neuen Leipziger Wagen vermögen auch mehr Fahrgäste aufzunehmen, als die jetzt im Verkehr befindlichen. Die



Motorwagen bieten 24, die Anhänger 32 Personen Sitzplatz. Für Stehpässe ist ebenfalls weiter Raum vorhanden, nicht unberücksichtigt mehr als auf den Plattformen der jetzigen Wagen. Besondere Sorgfalt ist auch der Durchlüftungsmöglichkeit zugewendet, was im Hinblick auf die in dieser Beziehung mangelreichen jetzt fahrenden großen Wagen mit umwandelen Plattformen besonders begrüßt werden wird. Ein weiterer Vorteil ist, daß Einstieg und Ausstieg gesondert sind, so daß die auf Beförderung wartenden Fahrgäste nicht erst zu warten brauchen, bis die letzte der aussteigenden Personen den Wagen verlassen hat. Ähnliche Trennungen des Ein-

und Ausgangs hat man auch schon an Wagentyps anderer Städte versucht. Sie haben sich durchweg bewährt und werden, sofern die Fahrgäste schon während der Fahrt sich für den Ausstieg bereitstellen, den Aufenthalt auf den Haltestellen nicht unwesentlich abkürzen. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Führerstand völlig der Zugänglichkeit des Publikums entzogen wurde. Der Führer hat einen abgeschlossenen Raum für sich, braucht sich bei großem Verkehrsandrang in keiner Weise einengen zu lassen und wird auch nicht durch Fragen und Konsultationen von seinen Aufgaben abgelenkt. Er kann seine ganze Aufmerksamkeit ungehindert dem Fahrzeug und der Strecke zuwenden. Die Innenausstattung der Wagen ist recht geschmackvoll und die Sitzanordnung bequem.

Es hat langer Kämpfe und Auseinandersetzungen bedurft, ehe in der Straßenbahnverwaltung sich genügend Bereitschaft zur Einführung dieses Typs fand. Schon im Herbst 1924 wurde von einem sozialdemokratischen Verwaltungsratsmitglied ein dahingehender Vorschlag gemacht, aber nach eingehender Prüfung als ausichtslos bezeichnet, da nirgends in Deutschland dieser Typ sich behauptet habe. Erst mit der Neubefestigung der Direktion mit modernerischer Leitung änderte sich das Verhalten. Es dürfte übrigens interessant sein, daß Paris diese Wagen seit langem in großer Zahl eingeführt hat. Der dortige Verkehrsleiter hat sich auf Grund der damit gemachten Erfahrungen dahin ausgesprochen, daß ohne diese Wagen der gewaltige Verkehr kaum begünstigt werden könnte, auf alle Fälle aber weit größere Hemmnisse erfahren würde, als er heute zu erleiden braucht. Allerdings liegen ja für Leipzig die Verhältnisse wesentlich anders. Die schmalen Straßen mit den kurzen Gleiskurven erfordern einen engen Wagenstand. Aber die daraus sich für den Bau von Betriebsbewehrung garantierenden Wagen ergebenden Schwierigkeiten sind glücklich überwunden. Die weit über die Achsen ausladenden Wagenteile könnten auf dem ersten Blick zu der Auffassung führen, daß damit die Wagen zu einer unerträglichen Schaukel werden müßten. Aber dem wirkt die Tatsache entgegen, daß die Fahrgäste sich gerade in dem über den Achsen liegenden Wagenteil am meisten zusammendrängen werden. Das bedingt schon der Mittelteil- und -ausstieg. Zudem ist die ganze Wagenlast so innreich über dem Untergestell „aufgehängt“, daß die seitlichen Schlingerbewegungen aufgehoben werden. Alles in allem darf man sagen, daß Leipzigs Straßenbahnverkehr mit den neuen Wagen eine Bereicherung erfährt, um die ihn andere Städte beneiden werden. Leider wird vorerhand noch nicht mit der Einstellung einer größeren Wagenzahl zu rechnen sein. Während der Messe wird höchstwahrscheinlich nur ein solcher Zug fahren. Aber gut Ding will halt auch Weile haben. Wir sind überzeugt, daß die Straßenbahnverwaltung, die weitere Bestellungen bereits gemacht hat, auch eifrigst bestrebt sein wird, den Leipziger Straßenbahnverkehr schnellstens auf eine technische Höhe zu heben, mit der den Anforderungen des immer mehr sich drängenden Großstadtverkehrs gerecht zu werden ist.

Wagenbauer, Stellmacher, Holz- und Steinbildhauer, Ziseleure, Dekorationsmaler, Musterzeichner, Bau- und Kunstschlosser, Maurer, Zimmerer, Klempner. — Praktische Werkstattübungen für Drechsler, Holzbildhauer, Intarsienhewer, Kunstschmiede und Kunsttöpfer.

Im Winterhalbjahr 1926/27 beginnen neue Kurse in der Kunstgewerbeschule und in der Abendschule. Anmeldungen zu diesen Lehrgängen und auch zu den Ostern 1927 beginnenden Tageskursen der Handwerkererschule werden in der Zeit vom 1. bis 8. September Montags bis Freitags 10—12 und 4—6 Uhr angenommen. Voraussetzungen sind: Geburtsurkunde, Schulzeugnisse und evtl. Gesellenbrief bzw. Lehrgangsnote.

Das Schulgeld beträgt a) bei vollem Tagesunterricht 24 M., vierteljährlich, Aufnahmegebühr 10 M., Abganggebühr 10 M., Büchereibetrag 2 M., b) für einen wöchentlich 13stündigen Abendkursus 13,50 M., vierteljährlich, für einen wöchentlich zwölfstündigen Abendunterricht 10,80 M., vierteljährlich. — Auswärtige und Ausländer zahlen die doppelten Beträge. — Auswärts wohnende Schüler, die in Leipzig arbeiten, zahlen den einfachen Satz. — Auswärtige haben Porto beizufügen.

Anmeldung der Meßfremden.

Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Während der letzten Frühjahrsmesse wurde von auswärtigen Meßinteressenten darüber Klage geführt, daß es selbst mit Hilfe des Polizeipräsidiums nicht möglich gewesen ist, die hiesigen Wohnungen auswärtiger Meßfremder weilen der Geschäftsfreunde festzustellen. Der Grund hierzu lag größtenteils darin, daß die hiesigen Wohnungsgeber die Meßfremden viel zu spät, oft gar nicht angemeldet hatten, oder daß die Meßbesitzer so unordentlich geschwieben waren, daß sie nicht entziffert werden konnten. Hierdurch entstanden den Nachbarn oft empfindliche Zeit- und Geldverluste. Um derartige Mißlichkeiten möglichst zu vermeiden, werden die hiesigen Wohnungsgeber nochmals auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht, die bei ihnen wohnenden Meßfremden möglichst sofort spätestens aber innerhalb 24 Stunden polizeilich anmelden. Es geschieht oft, daß die Anmeldebettel der Meßfremden erst 3 bis 4 Tage nach der Ankunft, oft nach erfolgter Abreise der Meßfremden abgegeben werden. Die Wohnungsgeber werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur sie, nicht aber die Meßfremden zur rechtzeitigen Anmeldung verpflichtet sind und daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung Bestrafung eintritt. Die Beherbergungssteuer ist weggefallen.

Die Religionstreiber an der Arbeit.

Die Anmeldung der Kinder zum Schulbesuch ist in vollem Gange. Die Religionsfanatiker machen einen letzten Versuch, die Eltern zu drängen, ihre Kinder auch zum Religionsunterricht anzumelden. Die Religion soll unter allen Umständen dem Volke erhalten bleiben. Schulkinder müssen Zettel verteilen mit dem Aufdruck: „Ich melde mein Kind zum Religionsunterricht an.“ Das ist großer Unfug. Kinder werden dazu mißbraucht, den Gehirnerficker die Opfer zuzutreiben. Wir erwarten, daß die Schulbehörde sich ins Mittel legt, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Schalltodängste der 1931.

Die U. N. A. sind in Angst und Sorge. In der Ukraine, in der Unterstadt Kiew, gibt es einen Professor, der heißt Goldmann. Das wäre noch nicht das schlimmste. Aber dieser böse Mann will einen Apparat erfunden haben, der gefährliche Schallwellen hervorbringt, Schallwellen von solcher Gewalt, daß man mit ihnen jedes Lebewesen auf weite Entfernung vernichten kann. Das ist gemein. Aber noch gemeiner ist den U. N. A., daß die ukrainische Regierung diese Gemeinheit durch Geld unterstützt. Man denke: Jedes Lebewesen auf weite Entfernung usw. — Die U. N. A. und ihre Anhänger sind doch auch sojuzagen Lebewesen. Die müßten dann auch mit ran. Nicht einmal die Multiplikation der Entfernung könnte sie retten. So 'ne Gemeinheit. Ja wenn man eine Kappe hätte, die, wie die des Zwergkönigs Alberich die Rächstrahlen, die Schallwellen verschluckt, dann, ja dann könnte man die Nachbarn und ihre Getreuen in Sicherheit und alle nicht betapten Lieb-

männer um die Ecke bringen. Und dies obenreim bequem und gefahrlos schon aus weiter Entfernung. So aber, wie die Dinge jetzt zu liegen scheinen, bleibt den U. N. A. nichts anderes übrig, als feuergefährlicher zu werden, daß die Nachricht über dieses mysteriöse Vernichtungsmittel sich als Ente erweist.

Verkehrsunfälle.

Von einem Motorradfahrer angefahren. Am 22. August, 5 Uhr nachmittags, ist an der Karl-Tauchnitz-Brücke eine achtlos fahrende über die Straße gehende Frau von einem Motorradfahrer angefahren worden. Sie erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden mußte. Bis jetzt war sie noch nicht vernehmungsfähig. Der Motorradfahrer hatte die Absicht gehabt, die Frau links zu überholen. Als die Frau das Fahren des Motorradfahrers bemerkte, beschleunigte sie ihre Schritte und rannte dabei direkt in das Rad hinein. Sie war von der Lenkstange und vom Fußtritt gestreift und zu Boden gerissen worden, so daß sie bewegungslos liegen blieb. Der Motorradfahrer, der nach Zeugenaussagen sein möglichstes getan hatte, den Unfall zu verhüten, geriet mit seiner Maschine auf den Reitweg, wobei er gleichfalls Verletzungen davontrug.

Ein eigenartiger Verkehrsunfall. In der Hartfortstr. 2 erlöste am 21. August, nachts 2,55 Uhr, ein lauter, schußähnlicher Knall. Durch einen in der Nähe befindlichen Deamten wurde festgestellt, daß die Laufbeden des rechten Vorder- und Hinterrades einer Kraftdroschke geplatzt waren. Dadurch war die Kraftdroschke gegen einen Straßenbahnmast geklemmert worden, wobei eine Fensterscheibe zerrümmert und dem Fahrgast das Zedert durch umhergeschleuderte Glassplitter beschädigt wurde. — Am 25. August, abends gegen 7 Uhr, ist am Schleifhäger Weg, in der Nähe der Wundstraße, ein 53jähriger Reisender, der mit seinem Fahrrad vorwärtsmächtig rechts nach der Kronprinzstraße aufzufuhr, mit einer Kraftdroschke zusammengestoßen. An der Einmündung der Kronprinzstraße hatte die Kraftdroschke den Radfahrer ziemlich überholt, als dieser plötzlich links abbog und an das Trittbrett der Kraftdroschke anließ. Durch das plötzliche Auftauchen der Kraftdroschke war der Radfahrer so erschrocken, daß er, wie Zeugen gesehen haben, sofort die Lenkstange losließ und die Hände hochhob. Er stürzte zu Boden und erlitt dabei einen Schädelbruch. Er wurde in bewußtlosem Zustande mit einem Kraftwagen nach dem Krankenhaus St. Jakob überführt.

Zeugen gesucht! Am 24. August, nachts gegen 1 Uhr, ist in der Riechsteinstraße in Leipzig-Lößnitz ein 32jähriger Kesselreiniger bewußtlos neben seinem Fahrrad aufgefunden worden. Er wurde nach dem Krankenhaus St. Jakob überführt, wo der Bruch des Nasenbeines und Verletzungen der Schädeldecke sowie beider Handgelenke festgestellt wurden. — Ferner wurde am 23. August, kurz vor 4 Uhr nachmittags, in der Waldstraße, an der Einmündung des Marienweges, in der Nähe der Polentalwache, ein Mann bewußtlos aufgefunden. In der Nähe lag sein Fahrrad. Er wurde von hinzugekommenen Passanten nach der nahen Rosenstraße gebracht. Er war nicht imstande, Angaben zu machen, auf welche Weise er verunglückt war. Durch einen hinzugegerufenen Sanitätsgehilfen wurde festgestellt, daß er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten hat. Darauf wurde er mit dem Krankentransportwagen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Zeugen, die über die Ursache Angaben zu machen vermögen, werden gebeten, sich baldigst beim Kriminalamt zu melden. — Am 21. August wurde ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen überholt, der so dicht an ihm vorüberfuhr, daß er durch den Kotflügel des Kraftwagens vom Rad geschleudert wurde. Der Radfahrer erlitt dabei Verletzungen am Kopf und am linken Oberschenkel. Er war nicht imstande, seinen Weg allein fortzusetzen. Er mußte mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden.

Das fünfzigjährige Jubiläum ihres Bestehens feierte die 51. Volksschule in Leipzig-Kleinrichsdorf am Montag in Verbindung mit der Versammlungsfeier. Wie aus der Festschrift des Lehrers Zimmermann hervorgeht, ist die Entwicklung Leipzigs zur Großstadt deutlich an dem Wachsen dieser Vorortsschule zu erkennen. Nachdem die früheren Gebäude der Kleinrichsdorfer Schule zu klein geworden waren, baute das damals noch nicht einderleibte Dorf 1876 an der heutigen Dieststraße das Jubiläumshaus. Es enthielt nur wenige Zimmer, in denen 6 Lehrer unterrichteten. Von ihnen lebt heute noch Oberlehrer Kantor Trauendorf im Ruhestand. Von

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Südost-Bezirk: Donnerstag, den 26. August, abends 1/8 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße, Sitzung. Stellungnahme zu den Stadtverordneten- und Landtagswahlen.

Westbezirk und äußerer Westbezirk: Heute Mittwoch, abends 1/8 Uhr, Besetzungsfunktionärsitzung im Schloß Lindenfels, Partierstraße, Eingang Hühnerstraße. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Landtags- und Stadtverordnetenlandtagswahlen. 2. Wichtige Mitteilungen. Funktionärort sind bestimmt vorzuziehen.

Nordbezirk: Dienstag, den 31. August, abends 8 Uhr, im Rikau-Auskau Kandidatenausschreibung.

Connewitz: Morgen, abends 7 Uhr, Treffen am Sächsischen Haus.

Frauen.

Engeldorf: Heute Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, Frauenabend im Vereinszimmer, Hauptstraße 5. Vortrag der Genossin Helene Blättle über Schöpfung und Geschworene.

Stütz: Montag, den 6. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Wilsch, Vortrag des Genossen W. Jeller über: Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Fragebogen für die Führer-Auswahl sind noch von den Gruppen Connewitz, Kleinjocher, Köhner, Dönn, Schönefeld, Stütz, Thonberg-Stöcker, Köhner, letzter Ablieferungsstermin, Freitag, den 27. August. Die Gruppen, die bis dahin keine Delegierten genannt haben, verlieren zur Führerauswahl das Stimmrecht.

Für die auswärtigen Delegierten benötigen wir noch 30 Quartiere. Welche Gruppe kann noch Quartiere vermitteln? Anmeldung bis Freitag, 27. August im Sekretariat.

Kassenangelegenheiten: Nachstehende Gruppen sind mit der Abrechnung der Zeitschriften (Führer, Internationale und Mitteilungsblatt) im Rückstand: Neustadt Nr. 6. — Thonberg Nr. 6 und 7. Connewitz Nr. 7. — Lindenau Nr. 7. — Mödern Nr. 7. — Baunsdorf Nr. 7. — Stütz Nr. 7. — Volkmarndorf Nr. 7. — Wahren Nr. 7.

Abrechnung der Beiträge fehlt noch von den Gruppen: Kleinjocher (Zuni) — Neustadt (April) — Thonberg-Stöcker (Zuni) — Ullsberg (Zuni) — Connewitz (Zuni) — Lindenau (Zuni) — Mödern (Zuni) — Baunsdorf (Zuni) — Stütz (Zuni) und Wahren (Zuni). Alle Gruppen werden aufgefordert das Versäumte bis kommenden Freitag, den 27. August, nachzuholen. Kassenstunde bereits ab 1/8 Uhr.

Revisoren (Kauf her! Die Kassenberichte sind von nachstehenden Gruppen noch nicht eingegangen: Connewitz (1. und 2. Quartal) — Großjocher (1. Quartal) — Kleinjocher (1. und 2. Quartal) — Lindenau (1. und 2. Quartal) — Mödern (1. und 2. Quartal) — Neustadt (1. und 2. Quartal) — Schönefeld (1. und 2. Quartal) — Stütz (1. und 2. Quartal) — Thonberg (2. Quartal). Diese Bogen müssen bis freitags Dienstag, den 31. August, im Sekretariat abgeliefert werden.

Jungsozialisten.

Donnerstag, den 26. August, Zusammenkunft im Heim, Töpferstraße 2, Zimmer 3, um 8 Uhr. Politische Tagesfragen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung 5, Zug 3: Morgen, Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr, Jugoversammlung im Sophienstädtischen. Anschließend gemeinsames Beilammlein mit Frauen.

Ortsgruppe Anauktenberg, Anauktain, Hartmannsdorf: Die Ortsgruppe teilt sich in dem am Sonntag, dem 29. August 1925, vormittags 10 Uhr, in Gellin hatfindenden Werbeaufmarsch. Alles Nähere beim Vorsitzenden.

Mitglieder-Vorankündigungen

Ullsberg: Heute abend, 1/8 Uhr, im Gesellschaftslokal des Volkshauses, Halbjahrs-Generalsversammlung.

Lindenau: Freitag, den 27. August, abends 8 Uhr, im Kaffeehaus, spricht Gen. Dr. Niemann über: „Das Weltbild des Freidenkers und der Sozialismus“.

dieser Schule zweigten sich nach und nach weitere Schulen in Plagwitz, Schleußig und Kleinjocher ab, so daß zu der Höchsterischen Müttertschule fünf neue große Volksschulen kamen, in denen gegenwärtig über 8000 Kinder unterrichtet werden.

Das Jubiläum wurde im Schulsaal festlich begangen. Die Behörde war durch Stadtrat Prof. Stahl vertreten, der die Glückwünsche von Schul- und Bezirksbehörden überbrachte und der Schule als Angebinde das Geschenk von 5000 Mark vom Rate der Stadt überreichte. Der Betrag soll verwendet werden zur Ausstattung der Räume, zur Beschaffung von Bücherkränzen und gegebenenfalls zum Ankauf eines Instrumentes.

Im Anschluß an die Feier fand auf der Baronswiese unter Leitung von Lehrer Wolfram ein Schulparkfest statt, bei dem man sich über gute sportliche Leistungen der Kinder freuen konnte. Die Sieger und Siegerinnen wurden durch Ehrenkränze und Schleifen in den Reichsfarben ausgezeichnet.

Allen Blinden vorzulesen. Am Donnerstag, dem 26. August 1925, abends 1/8 Uhr, findet im Frankfurter Torhaus am Meißner Platz eine von der Blindenarbeitsgemeinschaft Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig, einberufene öffentliche Versammlung aller Volksblinden statt. Es soll das wichtige Thema der Blindenrente behandelt werden und wird daher allen Blinden der Besuch der Versammlung zur Pflicht gemacht.

Der „Kosenkavalier“ im Rundfunk. Am Sonnabend, dem 28. August, überträgt der Mitteldeutsche Sender aus dem Neuen Theater zu Leipzig die Oper „Der Kosenkavalier“ von Richard Strauss.

Für Schwerhörige findet am Donnerstag, dem 26. August, von 9 bis 7 Uhr, und am Freitag, dem 27. August, von 9 bis 12 Uhr, im Hotel Wühler die Vorführung eines Hörapparates statt.

Strahlenperrung. Vom Mittwoch, den 25. August ab wird auf etwa 16 Tage während der Dauer der Bauarbeiten, die dort auszuführen sind, die Zollnerstraße für allen Fahrverkehr gesperrt.

Arbeitsloshaus des Volksbildungsamtes. Der Vorkursus (nicht Vorkursus wie es verlesenlich in einer früheren Notiz hieß) findet wieder regelmäßig von 4 bis 6 Uhr nachmittags in der Königsstraße 20 statt. Billiger und guter Bist ist in der Jugendmesse, Zeitungsstraße 10, im Hause des GDA zu haben. Täglich geöffnet von 9 bis 2 Uhr.

Musikische Chöre. Die Sänger und Sängerinnen, die an dem Rundfunkkonzert beteiligt sind, treffen sich heute, den 25. August, abends 8 Uhr, im Rikau-Auskau, Gohlis, zur Probe und morgen, den 26. August, abends 1/8 Uhr zum Konzert in der Alten Handelsbörse. Niemand darf fehlen.

Um ein Crêpe-de-Chine-Kleid beschaffen. Eine Frau, die am 21. August die Einladung zweier unbekannter Männer gefolgt war, mit ihnen mehrere Lokale zu besuchen, ist von diesen um ein Crêpe-de-Chine-Kleid beschaffen worden. Sie war zuletzt mit ihnen in einem Kaffeehaus in der Pfaffenwörder Straße. Während sie auf kurze Zeit den Raum verließ, hatten die beiden Unbekannten einen Karton geöffnet, ein vollständig neues Crêpe-de-Chine-Kleid von gelber Farbe, das am unteren Teil mit einem Muster aus roten Rosen bedruckt ist, herausgenommen und waren damit geflüchtet. Wahrnehmungen zur Sache werden an das Kriminalamt erbeten.

Mentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von irischen Schweinefleisch (gute Qualität) Freitag, am 27. und Sonnabend, am 28. August 1925, ab 8 Uhr früh, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis für Keule, Ramm, Brust, das Pfund 108 Pfennige; Schmor und Fettes das Pfund 1 Mt.

Sächsische Angelegenheiten

Am die bürgerliche Einheitsfront in Sachsen.

Die Teulonia meldet:

Dresden, 24. August. Die Sächsischen Wehrverbände, die vor kurzem mit einem Appell zum bürgerlichen Zusammenschluß für die kommenden sächsischen Wahlen an die Öffentlichkeit getreten sind und andererseits die Deutsche Volkspartei geben heute bekannt: „Daß die zwischen ihnen gepflogenen Verhandlungen einen dem Sammlungsgegenden günstigen Verlauf nehmen.“

Mitte Juli veröffentlichten die „sächsischen Wehrverbände“, Jungdo, Stahlhelm, Wehrwolf, Bund deutscher Männer und Frontkrieger, Bund Wiking und Reichsflagge einen Aufruf zur Sammlung des Bürgeriums. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hatte bereits ihr Einverständnis mit dem Aufruf erklärt. Seither wird die „Einheitsfront des Bürgeriums“ in der bürgerlichen Presse lebhaft erörtert.

Besonders interessant ist an dieser Debatte, wie die Bürgerlichen die Dreiundzwanziger in ihre Rechnung stellen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten mahnen dringend, bei dem Zusammenschluß der Bürgerlichen auf die „Mittelsozialisten“ Rücksicht zu nehmen. Das Hakenkreuzblatt schreibt in einem Leitartikel am 22. August:

„Man ist doch nicht einig, nur um einig zu sein, sondern man soll einig sein, um dem Vaterlande zu dienen. Dem deutschen Vaterland aber dient schwerlich, wer jetzt, durch Aufrechterhaltung einer schwarzweißen Einheitsfront, die Mittelsozialisten in eine Kampffront mit linkssozialistischen und kommunistischen Kräften drängen möchte. Wenn soll damit eigentlich genügt werden? Die Mittelsozialisten haben den Mut, innerhalb der Sozialdemokratie den Kampf zu eröffnen gegen den Internationalismus, der kein Vaterland kennen will, das Deutschland heißt. Ihr Organ hat recht, wenn es diesem ihrem mutigen Unterfangen eine Bedeutung zuweist, die weit über die Grenzen Sachsens hinausgreift. Der Kampf wird in der Hauptsache innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ausgetragen werden müssen, andere Parteien oder Verbände werden den Mittelsozialisten dabei wenig oder gar nichts helfen können. Aufgabe der anderen Parteien oder Verbände, soweit sie vaterländisch gesinnt sind, kann es aber doch auch nicht sein, den Mittelsozialisten in ihrem schweren Kampfe Anspiegel zwischen die Räder zu werfen!“

Zwei Tage später nimmt in dem gleichen Hakenkreuzorgan der Volksparteier Schiffmann in einem Artikel zur „Einheitsfront“ Stellung, wobei er schreibt:

„Der Führer, der in unseren ersten Tagen nicht den Mut aufbringt, auch unpopuläre Politik zu treiben, entgegen dem Massenwillen zu handeln, das Gesamtwohl über das „Ich“ und das „Selbst“ zu stellen, ist entweder ein ehrgeiziger Streber oder einer der berühmten Funktionäre. Von diesem Gesichtspunkte aus muß auch die Tätigkeit der 23 Mittelsozialisten betrachtet werden. Sie haben durch das Eingehen und Festhalten an der Koalition unpopuläre Politik getrieben. Sie haben sogar den Ausschluss aus der Partei über sich ergehen lassen. Dazu in einer Zeit, wo der Sozialdemokratie durch Reichswehrreform und Wehrverprozeß, durch Arbeitslosigkeit und Kürzungen u. a. m. die günstigsten Agitationsmittel zur Verfügung standen. Nur wenige der „Aufrechten“ wird der Landtag wiedersehen. Denn leider scheint keiner eine Führernatur zu sein, die auch den Mut zum zweiten, weit wichtigeren Schritte findet, eine nationale Arbeiterpartei zu schaffen. Denn darüber muß man sich klar werden, daß — wie auch die Stahlhelmszeitung kürzlich hervorhob — alle schwereren Probleme der Innen- und Außenpolitik nur mit der Arbeiterschaft gelöst werden können.“

Schiffmann bringt mit dem von uns durch Fettdruck hervorgehobenen Satz die Wünsche erneut zum Ausdruck, die von der reaktionären Presse an die Gründung der Sonderorganisation der Dreiundzwanziger geknüpft wurden. Die Dreiundzwanziger hielten es aber aus tatsächlichen Gründen für gut, nicht eine nationale Arbeiterpartei zu gründen, sondern sich — zur Täuschung der Arbeiter — als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Die Reaktionen müssen sich damit abfinden; aber wenn auch nicht alle ihre Willenträume reisten, so wissen sie doch, was ihnen die Dreiundzwanziger im Kampfe gegen eine proletarische Landtagsmehrheit helfen können. Das Hakenkreuzblatt triumphiert:

„Der Kampf muß in der Arbeiterschaft ausgetragen werden.“

Das ist die beste Hilfe, die die Dreiundzwanziger dem Bürgerium leisten können!

Zur Entlassung Rüttners.

Die Sächsische Staatszeitung bringt folgende Berichtigung:

„Ihre Vermutung, nach welcher hinter der Entlassung Rüttners linkssozialistische Machenschaften und Treibereien mitgespielen und insbesondere von dem linkssozialistischen Landtagskandidaten Hennig betrieben worden seien, entspricht nicht den Tatsachen. Für die fristlose Entlassung Rüttners aus § 828 BGB. waren nur rein sachliche und sachliche Erwägungen über die gesamte Geschäftsführung und Leitung maßgebend. Fragen welche angeblichen politischen Gründe kamen dabei überhaupt nicht in Betracht, da der Verband keine parteipolitische Berufsorganisation, sondern parteipolitisch neutral ist. Der Geschäftsführende Ausschuss und der Hauptvorstand (engere und weitere Vorstandskreise) befinden sich keineswegs unter dem Einfluß irgendeiner parteipolitischen Richtung, wie von Ihrem Gewährsmann behauptet wird. Auf die proffessionellen Interessen Rüttners einzugehen lehnen wir natürlich ab. Irigendwelchen diebezüglichen Schritten sieht der Verband mit Ruhe entgegen. Die Leitung des Verbandes liegt von jetzt ab in den Händen des zweiten und dritten Vorsitzenden.“

Selbstverständlich zweifelt die Staatszeitung die Richtigkeit dieser Berichtigung in gewohnter anmaßender Selbstüberhebung an, um damit den unangenehmen Eindruck zu verwischen, daß die Redaktion der Sächsischen Staatszeitung nicht die Interessen des Staates, sondern die einer kleinen politischen Gruppe vertritt.

Ist das noch eine Republik?

Mißbrauch republikanischer Einrichtungen zu monarchistischer Propaganda.

Die Gefangenenanstalt Hohen Eck bei Stollberg ist ein reiner Stahlhelmpfad, eine von der Republik bezahlte Propagandastelle für monarchistische Zwecke geworden. Hielten die Feinde der Republik in Hohen Eck und Umgebung drei Tage lang einen schwarzweißen Rummel ab. Zu den Vorbereitungen wurden etwa eine Woche lang eine große Anzahl Gefangene (etwa 50 an der Zahl) verwendet, die von der Anstaltsleitung den republikanisch gesinnten Vereinen kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Auch das Material für die große Menge von Kränzen und Girlanden lieferte die Anstalt. Die Befähigung des „Fettes“ erfolgte dienstlich bei der Beamtenbesprechung und wochenlang hingen allerlei Hinweisse bzw. Lockrufe für eine Beteiligung am Feste der Monarchisten am schwarzen Brett der von der Republik unterhaltenen Anstalt! Jeder Beamte wußte, daß der von der Republik nicht schlecht bezahlte Direktor die Teilnahme an dem gegen die Republik gerichteten „Feste“ wünscht.

Freier Wille der Beamten? — Unfuss! Wer nicht will, daß ihm Schwierigkeiten bereitet werden, muß eben mitmachen. — Nun aber die Rechte der Weiballe. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die treueste Schutztruppe der Republik, hat durch einen Oberwachmeister den Herrn Direktor um die Erlaubnis, an dem-

selben schwarzen Brett, das den Hakenkreuzern wahllos zur Verfügung steht, eine Einladung zur Verfassungsfeier anbringen zu dürfen. Eine brüske Ablehnung war die Antwort! Derselbe Beamte lehnte es sogar ab, die offizielle Verfassungsfeier durch Anschlag bekanntzugeben!

Kann die Abneigung oder richtiger der Haß gegen Republik und Verfassung, der auch der Herr Anstaltsdirektor „Treue“ geschworen hat, noch dreier geizt werden? Auf der einen Seite offene Förderung aller Feinde der Republik, auf der anderen Feindschaft und Unterdrückung gegen alle verfassungstreuen Verbände und deren Angehörige. Und die „Verfassungsfeier“ in der Anstalt selbst war ebenfalls der reine Hohn auf die Verfassung. Der Anstaltsgeistliche und „staatliche Fürsorge“ mit seinem Gehalt nach Gruppe XI leitete die „Feier“ mit den Worten ein: „Wir haben heute Verfassungstag und da wollen wir etwas Musik machen!“ Sprachs und setzte sich! — Mit dieser „Verfassungsrede“ bürgerte der Mann den Befähigungsnaheis zum „sozialen Fürsorge“ voll erbracht haben. Der Stempel stinkt aber doch wirklich zum Himmel! Was sagt die sächsische Regierung zu einer solchen Verfassungsfeier in einer ihr unterstellten und vom Staate unterhaltenen Gefangenenanstalt?

Chemnitz. Ein Selbstmord im Krematorium. Der unbedolde Stadtrat Paul Emil Trommer wurde am Dienstagmorgen an der Türflanke im Geschäftszimmer des Krematoriums auf dem Neuen Friedhofe erhängt aufgefunden. Trommer war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Er verwaltete als unbedolde Stadtrat das städtische Bestattungswesen mit dem Krematorium.

Zwickau. Ein gefährlicher Diebhaber. Weil ihm seine Braut, eine Kellnerin, angeblich mit anderen Männern hintergangen haben soll, versetzte ein von auswärts zugereister Mann ihr nach längerem Wortwechsel mit einem Koffermesser zwei tiefe Wunden im Gesicht. Der gewalttätige Liebhaber, der sich nach der Tat der Polizei stellte, unterhielt seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Mädchen und hatte auch selbstenwegen die Ehe mit seiner ersten Frau gelöst. Er will nicht die Absicht gehabt haben, das Mädchen zu töten.

Mauen. Gasvergiftung. Die Ehefrau eines hiesigen Beamten wurde in ihrer Wohnung mit ihrem 1 1/2 Jahre alten Knaben durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Frau wurde in sehr bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert. Der Knabe war bei der Auffindung schon tot.

Nochh. Veruntreuung beim Finanzamt. Bei einer am Donnerstag vorgenommenen Revision der Hauptkasse des Finanzamtes Nochh wurde ein größerer Fehlbetrag festgestellt, dessen genaue Höhe erst durch weitreichende Untersuchungen zu ermitteln ist. Der mit der Führung der Hauptkasse betraute Beamte Gräbe wurde unter dem dringenden Verdacht, das Geld untergeschlagen zu haben, verhaftet.

Spiele, Sport, Körperpflege

Das Badewesen.

Im Laufe der Zeit hat das Badewesen seine Formen erheblich gewechselt. Bei den alten Griechen waren im wesentlichen nur Fußbäder, Waschungen an Tragen, Duschen und Uebergießungen üblich. Man war mit dem Wasser außerordentlich sparsam; Baden waren eine große Seltenheit. Angehender verbreitet waren die Badegelegenheiten der alten Römer, die Thermen, die aus einem Schwimmbassin mit kaltem Wasser, einem Umkleeraum, einem Duschraum, Wärmelicht und Heißluftstrahl im wesentlichen bestanden; auch ein Sportplatz gehörte zur Thermen.

Die Germanen besaßen trotz der großen Thermen, die die Römer überall anlegten, ihre Dampfbäder bei und liebten das römische Heißluftbad ab. Bis zum frühen Mittelalter herrschte diese Badeform vor. Man goss auf erhitzte Steine Wasser, so daß der Dampf aufstieg; die Besucher wurden mit Baumzweigen gegesselt und ruhten auf erhitzten Bänken aus. Bevor man das Bad nahm, wurde der Körper mit Lauge abgerieben; auf das Bad selbst folgte ein Uebergang mit kaltem Wasser. Wöchentlich wurde mindestens einmal gebadet. Ein gut Teil des gesellschaftlichen Lebens spielte sich in der Badestube ab, wo auch geschöpfte und Kopfwäsche vorgenommen wurde. Als am Ende des 15. Jahrhunderts die Sogehiß ihren steigenden Einzug in Deutschland hielt, wurden die Badestuben, in denen man die Ansteckungsquellen der verheerenden Krankheit suchte, zum Teil gestossen, teils wurden sie aus Furcht geschlossen und gingen ein. Der dreißigjährige Krieg vernichtete den Rest der Badestuben vollends. Die wenigen Privatbadestuben der reichen Leute wurden in der wasserreichen Rokokozeit kaum benutzt.

Wie heute noch in nördlichen Ländern badeten ursprünglich auch in Deutschland Männer und Frauen völlig nackt nebeneinander. Späterhin kam für den Mann die Badehose, für die Frau die Badeschürze auf; dann badeten die Geschlechter getrennt. Allmählich galt es in der vornehmen Gesellschaft überhaupt nicht mehr für sein, in den öffentlichen Badestuben zu baden. Als nach dem dreißigjährigen Krieg wieder Badestuben — allerdings nur in geringer Zahl — eröffnet wurden, trat an die Stelle des Dampfbades das Heißluftbad. Von Volksbädern aber war vorläufig keine Rede mehr. Erst im Jahre 1879 wurde in Berlin ein Warmbrausebad in einer Kaserne für die Soldaten errichtet. Dem auf der Berliner Hygiene-Ausstellung im Jahre 1883 ausgestellten Badefachschon aus Wellblech blieb es vorbehalten, der Welt das Volksbad wieder zu schenken. Aus ihm entwickelten sich überall die großen Badeanstalten mit Schwimmb., Wannen-, Dusch- und Schweißbädern, und heute gibt es wohl kaum ein fortschrittliches Gemeinwesen, das nicht mit Stolz auf seine öffentlichen Badeanstalten hinweisen könnte.

Die Bundesmeisterschaften in Faust- und Trommelball.

fanden am 22. August in Weiskauer (Oberlausitz) statt. Der M.T.B.-Weiskauer hatte die erforderliche Organisationsarbeit der Veranstaltung in bester Weise erledigt. Schon der Begründungsabend für die Verbandsmeister brachte einen überfüllten Saal.

Die am Sonntag früh 8 Uhr beginnenden Vorrundenkämpfe verloren etwas an Interesse, da folgende Mannschaften nicht erschienen waren: Kolbemoor (Oesterreich) für Männerfaustball, Gera-Untermhaus (Mitteldeutschland) für Männerfaustball, Norddeutschland für Frauenfaustball, und Silesches (Norddeutschl.) für Trommelball.

Die einzelnen Ergebnisse sind folgende:

Vorrundenspiele.

Faustball (Männer): Sandhofen (Süddeutschland)—Zena (Mitteldeutschland) 50:31. Bremen (Norddeutschl.)—Weiskauer (Ostdeutschl.) 73:45.

Faustball (Frauen): Weiskauer—Münchberg 47:51. Weiskauer—Neukölln 44:35.

Trommelball: Offenbach—Bernburg 136:72. Offenbach gegen Zollen 116:75. (Die Erfahrungsmannschaften für die fehlenden Verbandsmeister stellte Weiskauer.)

Endspiele.

Faustball (Männer): Weiskauer—Zena 44:41.

Faustball (Frauen): Münchberg—Neukölln 56:34.

Trommelball: Bernburg—Zollen 69:119.

Meister wurden also: Zena (Faustball für Männer), Neukölln (Faustball für Frauen), Bernburg (Trommelball). — Den Endspielen wohnten 3500 Zuschauer bei.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Gefüllten Weiskohl 75; Morgen: Hammelkote mit Kapertunke und Kartoffelbrat 1.20

Wirtschaft

Spekulationstau und Massenelend.

Der Montag war der festliche Tag, an dem die lang ersehnte Einführung der neu ausgegebenen Aktien des Stahltruffs an der Berliner Börse erfolgt ist. Der Tag verdient tatsächlich, daß ihm ein besonderer Platz in der Geschichte des deutschen Kapitalismus eingeräumt wird. Denn es ist wohl ein Vorgang ohne Gleichen, daß in der Zeit der Abkühlung und beispielloser Arbeitslosigkeit die Kapitalisten von einem Tausend der Aktienpekulation ergriffen werden, wie ihn selbst die Inflationszeit kaum aufzuweisen hatte. Es kann wohl keinen schlagenderen Beweis von dem mangelnden Vertrauen des Unternehmertums in seine Fähigkeit, die Millionen Arbeitslosen der Produktion wieder zuzuführen, geben, als die Tatsache, daß man Riesensummen der Produktion entzieht, um sie zu Spekulationszwecken zu verwenden.

Die Vorgänge, die sich bei dieser Gelegenheit abgespielt haben, zeigen aber auch, in wie stupider und rücksichtsloser Weise das Großkapital seine Herrschaft über den Weltmarkt ausübt, um sich auf Kosten der kleineren Spekulanten zu bereichern.

Es war schon lange vor Einführung der Stahltruffaktien bekannt, daß nur ein ganz geringer Teil der neuen Aktien an die Börse gelangen würde, von 800 Millionen etwa nur 30 Millionen, also noch nicht ein Fünftel der Summe. Fast die gesamten Anteile am Stahltruff behält das inländische und ausländische Großkapital selbst in der Hand, und der schädliche Brocken, den man der Börsenpekulation hinwirft, hat nur den Zweck, den Großbanken Spekulationsgewinne auf Kosten der kleineren Börsenleute zu verschaffen. Wie groß die Menge der Aktien ist, die man der Börse zum Kauf lassen will, ist der Willkür des Bankensyndikats anheimgegeben, das mit der Ausgabe und der Einführung der Aktien an der Börse betraut ist. Je kleiner die Menge der an die Börse gebrachten Aktien im Verhältnis zur Menge der ausgegebenen Aktien überhaupt, um so größer das Mißverhältnis zwischen Spekulationsmaterial und Spekulationsbedürfnis, um so höher auch der Preis der Aktien, in diesem Falle der Einführungskurs, um so höher schließlich der Gewinn der Banken, der sich nach der Spanne bemisst, die zwischen dem von ihnen gezahlten Uebernahmepreis und dem Einführungskurs besteht. Die Ueberzeichnung der Stahltruff-Aktien war ganz ungeheuerlich. Es mußte den Banken, die den Handel mit Stahltruff-Aktien besorgen sollten, ein besonderer Raum an der Börse eingeräumt werden. Die Spekulanten standen an, wie vor noch gar nicht so lange verschwundenen Zeiten die Proletarierfrauen vor den Butterläden angestanden hatten. Die Menge der an die Börse gebrachten Aktien ist von dem Bankensyndikat ebenso wenig bekanntgegeben worden wie die Menge der gezeichneten Aktien. Man weiß aber mit ziemlicher Sicherheit, daß die angebotenen Aktien nicht mehr als 30 Millionen betragen und die angeforderten nicht weniger als 3 Milliarden, also das Hundertfache, eine Summe, die die Höchstjahresleistung auf Grund des Dawesabkommens noch um eine halbe Milliarde übersteigt. Allerdings waren die Zeichnungen nicht völlig ernst gemeint. Es waren jenseit sogenannte Konzertzeichnungen, d. h. man zeichnete mehr, als man wirklich glauben zu bekommen, um einen möglichst großen Anteil für sich zu ergattern. Auf diese Weise gelang es dem Konsortium der Ausgabebanken, den Kurs der Aktien, die sie selbst mit 100 Prozent übernommen haben dürften, auf 130 Prozent hinaufzuschrauben.

Mit der marktschreierischen Reklame, die die Großbanken für die Stahltruff-Aktien gemacht hatten, haben sie zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Sie haben den Kurs der Stahltruff-Aktien heraus- und gleichzeitig den der übrigen Börsenwerte heruntergedrückt dadurch, daß das ganze Interesse der Spekulation auf die Stahltruff-Aktien hin- und von dem übrigen Markt abgelenkt wurde. Daher kam es, daß auch sonst hochbewertete Papiere schwere Kurseinbußen zu verzeichnen hatten: Deutsch-Luxemburg 7 1/2 Prozent, Geiseltal 6 1/2 Prozent, Harpener 8 1/2 Prozent, J. G. Farben 8 1/2 Prozent, AEG 7 1/2 Prozent, Berliner Handelsgesellschaft 10 1/2 Prozent, Darmstädter- und Nationalbank 6 1/2 Prozent. In allen diesen Fällen handelt es sich um die Korporationen unter den an der Börse gehandelten Aktien. Die Großbanken sind also jetzt nicht nur in der Lage, die Stahltruff-Aktien teuer zu verkaufen, sondern auch die Anteile der übrigen konzernierten Großindustrie billig zu kaufen. Sie haben nicht nur Spekulationsgewinne gemacht, sondern gleichzeitig künstliche Spekulationsgewinne vorbereitet. Dieses Ergebnis ist nicht etwa allein durch den Ansturm auf Stahltruff-Aktien gewissermaßen automatisch herbeigeführt, sondern ganz bewußt von den Großbanken ins Werk gesetzt worden. Nicht nur hatten die Banken es diesmal unterlassen, wie sonst bei zu erwartenden Kursfällen stützend einzugreifen, sie haben nicht nur nicht durch entsprechende Aktienkäufe den Fall der Kurse verhindert oder gemildert, sondern ihn durch Aktienverkäufe beschleunigt. Wie Buchwalds Börsenberichte melden, sieht man Aktienverkäufe, die von einer namhaften Privatbank in den letzten Tagen vorgenommen worden sind, auf eine Großbank zurück.

Die Spekulationspolitik der Großbanken zeigt mit erschreckender Deutlichkeit den furchtbaren Widerspruch, der zwischen dem Profitinteresse der herrschenden Kapitalistengruppen und dem gesellschaftlichen Interesse besteht. Die Banken sind keineswegs darauf bedacht, die Produktion, sondern nur ihren Einfluß auf das konzernierte Großkapital zu steigern und mit ihrem Einfluß gleichzeitig den Anteil der müßigen Kapitalisten an der Mehrwertmasse zu erhöhen, den die tätigen Kapitalisten aus der Arbeiterschaft herauspressen.

Deutsche Waren für amerikanische Warenhäuser.

Die W. T. Grant Company, New York, einer der führenden amerikanischen 25 Cent-, 50 Cent- und 1 Dollar-Warenhaus-Kongerne, hat in Berlin, Unter den Linden 39, ein Einkaufshaus unter der Firma W. T. Grant Company, G. m. b. H., eröffnet. Die W. T. Grant Company, die ihr Hauptbureau in New York unterhält, betreibt eine Gruppe von Warenhäusern, die sich besonders in den größeren Städten des amerikanischen Ostens und Südens befinden. Diese Warenhäuser führen fast alle Waren, besonderes Gewicht wird auf allgemeine Gebrauchsgüter gelegt, deren Höchstpreis 1 Dollar beträgt, wie z. B. Kinder- und Frauenkleidung, Unterwäsche, Galanteriewaren, Haushaltungsgegenstände, Eisenwaren, Werkzeuge und andere mehr.

Die Hülle mehrten sich, daß amerikanische Warenhäuser den Einkauf deutscher Waren systematisch betreiben und sogar zu diesem Zwecke in Deutschland besondere Organisationen errichten. Es scheint also, daß die amerikanischen Unternehmer keineswegs, wie vielfach bei uns angenommen wird, für hohe Löhne schwärmen,

sonst würden sie nicht den Masseneinkauf deutscher Waren betreiben, die mit den niedrigen deutschen Löhnen fertiggestellt sind und die den mit den höheren amerikanischen Löhnen produzierten Konkurrenz bereiten sollen. Die Tendenz zur Ausbeutung ist bei den Kapitalisten aller Länder die gleiche, nur die Methoden sind je nach den Umständen verschieden.

Amerikas Kampf um den Weltmarkt.

Wie so viele deutsche Unternehmer hat auch der Leiter des Farbentruffs, Dr. Duisberg, eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternommen. Einem Vertreter der Wollischen Zeitung hat er seine Eindrücke mitgeteilt, die deshalb interessant sind, weil sie nicht mit der in Deutschland verbreiteten Auffassung, als sei Amerika eine Art wirtschaftlichen Paradieses, übereinstimmen. Er sagt u. a.:

„Sein Eindruck von Amerika? Unerhörte Prosperität. Die Kaufkraft und Kauflust der amerikanischen Bevölkerung so groß, daß die Industrie der Union vollumfänglich ist, den Heimbedarf zu decken. Der Erfolg: riesige Geldreserven. Und daraus resultierend eine Möglichkeit, von der bisher noch niemand gesprochen: eine amerikanische Dumping-Gefahr für die ohnehin schwer ringende europäische Industrie. Noch kann Amerika — mit Ausnahme der Automobilindustrie, in der sie qualitativ weniger vollkommen — also billiger — und quantitativ in sehr viel größerem Maßstab — also mit der Möglichkeit geringeren Aufwandes — arbeiten, mit Ausnahme also von Automobilen und landwirtschaftlichen Produkten (hier herrscht Ueberproduktion) kann Amerika mit Europa nicht konkurrieren. Wenn aber je in den Vereinigten Staaten eine Abkühlung kommen sollte, dann wird, meint Duisberg, die amerikanische Industrie ihre Produkte zu Schinderepreisen nach Europa und Asien exportieren, nur um eine Störung in ihren Betrieben und keine übergroße Arbeitslosigkeit aufkommen zu lassen. Sie wird das können, und selbst für die Dauer einer längeren Krise können, eben weil sie aus den letzten Jahren die ungeheuren Geldreserven besitzt. Und dieses Dumping kann auch schon dann einsetzen, wenn in der natürlichen Folge des jetzigen industriellen Vormarschdrängens eine auch nur geringe Ueberproduktion eintritt.“

Der Augenblick, in dem dieses Dumping die europäischen Industrien treffen wird, und es könnte, da hier keine solchen Reserven bestehen, ist tödlich, trifft, wird der Augenblick sein, da man in Europa die Lebensnotwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses und der Entzerrung aller verteuerten Hemmnisse, wie z. B. Zölle, erkennen wird.“

Dr. Duisberg sieht also voraus, daß der Binnenmarkt dem Ausdehnungsdrang des amerikanischen Kapitals für die Dauer noch weniger als jetzt genügen kann und daß die Zeit nicht mehr fern ist, da auch die Produktivkräfte des amerikanischen Kapitals über die starke heimische Konjunktur weit hinausgewachsen sein werden. Der amerikanische Kapitalismus wird dann gezwungen sein, mehr als je auf seiner Selbstgenügsamkeit herauszutreten und mit seiner überlegenen industriellen und finanziellen Macht den Kampf um den Weltmarkt gegen seine europäischen Konkurrenten mit allen Mitteln zu führen, anstatt sie, wie bisher, durch Kapitalzufuhr zu stärken. Besonders wichtig ist, daß Dr. Duisberg den Zusammenschluß des europäischen Industriekapitals als eine Rüstung für den kommenden Industriekampf des europäischen mit dem amerikanischen Kapital ansieht, und nicht, wie viele meinen, als eine Garantie des Weltfriedens.

Neues vom Farbentruff.

Wie der DSD zuverlässig erzählt, errichtet die J. G. Farbenindustrie in Duisburg ein Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Sauerstoff aus der Luft befassen soll. Das Werk in Duisburg ist bereits seit drei Monaten im Bau. In spätestens einem Monat soll der Betrieb zuerst in kleinerem Umfang aufgenommen werden. Das Gesamtgelände beträgt circa 30 000 Quadratmeter.

Aus der Umgebung

Aufgeklärter Mord.

Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, nach drei Jahren am Dienstag ein schweres Verbrechen aufzuklären. Seit dem 11. November 1923 wurde die Ehefrau Martha Hahn, geborene Lieber, in Liebertowitz, Blumenstraße 20 wohnhaft, vermißt. Trotz verschiedener Nachforschungen, die hauptsächlich auf Betreiben der Angehörigen der Hahn angestellt wurden, gelang es nicht, Aufführung über das Verbleiben der Frau zu schaffen. Ausfallend an der Sache war das Benehmen des Gatten der Vermissten, der sich sehr wenig um den Verbleib seiner Frau kümmerte. Die Gerichte, die gegen Hahn in Unlauf waren, wählten bereits im Jahre 1924 zu gerichtlichen Erörterungen, die negativ verliefen. Neue Ermittlungen wurden auf Grund gemachter Beobachtungen eines Hausbesohners vor Wochenfrist eingeleitet. Da sich die Vermutungen verdichteten, daß Hahn seine Ehefrau ungedruckt und verscharrt habe, wurden am Montag mehrere Maurer mit Nachgrabungen im Garten und Keller des Grundstücks Grundstücke beauftragt. Resultatlos verlief die Arbeit im Garten. Bei den Nachgrabungen im Keller ließ man nach Beseitigung des gemauerten Bodenbelages in ein Meter Tiefe auf einen Oberarmtrog; beim Weitergraben fand man die weiteren Ueberreste der Vermissten. Obwohl Hahn die Täterschaft abstreift, wurde er verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Die ausgefundenen Teile des Skeletts wurden nach Besichtigung der Fundstelle durch die Wortkommision nach dem Institut für gerichtliche Medizin in Leipzig gebracht.

Weiter erfahren wir folgende Einzelheiten zu dem Mord an der Frau Hahn. Hahn, der von Beruf Schlosser ist, bewohnte bis vor kurzem ein Grundstück in der Siedlung Liebertowitz. Anfang Juni zog er zu einer Witwe und überließ bis auf ein Zimmer das Grundstück mietweise einem Tierarzt. Letzterem fiel das aufgereizte Wesen, das Hahn beim Betreten des Grundstücks an den Tag legt, besonders auf. Verärgert wurde der Arzt noch bei seinen Beobachtungen durch die regelmäßigen Gänge Hahns nach dem Keller im Siedlungsgrundstück. Diese Hinweise waren für Polizei und Staatsanwaltschaft Anlaß zu erneuten Erörterungen.

Hahn, der sich bei seiner Festnahme in der Wohnung seiner jetzigen Geliebten befand, ist zum dritten Male verheiratet. Im Jahre 1908 ging er die erste Ehe, 1912 die zweite ein. Seine zweite Frau wurde im Jahre 1920 im Keller erhängt aufgefunden. 1921 schloß Hahn die dritte Ehe mit der 1894 geborenen Martha Lieb. Die Ehe war keine glückliche; bereits am Hochzeitsmorgen kam es zu Streitigkeiten, die im Laufe der Jahre an Heftigkeit nicht nachließen.

Daß H. in letzter Zeit mit einer Festnahme rechnete und sich dieser eventuell gewaltsam entziehen wollte, verriet der Fund eines im Unterbett seiner jetzigen Geliebten vorgefundenen geladenen Revolvers.

Bei den erneuten Vernehmungen hat Hahn zugegeben, daß er die Leiche seiner Frau im Keller vergraben habe, und zwar an jener Stelle, wo er seine zweite Frau im Jahre 1920 erhängt aufgefunden. Er schilderte den Vorgang wie folgt: Er habe mit seiner Frau (wie bereits erwähnt) in sehr unglücklicher Ehe gelebt. Streitigkeiten seien an der Tagesordnung gewesen. Seine Ehe sei eine Hölle gewesen. Es sei am 11. November gegen Mittag wiederum ein Streit ausgebrochen, der in Tätlichkeiten ausartete. Infolge eines Schlagens ins Gesicht hätte die Nase seiner Frau angefangen zu bluten. Schließlich sei seine Ehefrau durch einen unbedachten Stoß die schmale steinerne Treppe in den Keller hinabgestürzt und bewußtlos liegen geblieben. In der Aufregung müsse er dann die Schlinge um den Hals gelegt und zugezogen haben.

Engelsdorf. Warnung. Die kirchlichen Mäder irgendeiner Konfession gehen am Orte wieder einmal auf den Gimpelgang. Wie überall, wo den Sekten und Sekten die Felle jochschimmern, wird auf eine fast als raffiniert anzusehende Art versucht, die abtrünnigen Schäfchen am Gängelbande zu fassen. Diesmal dient eine Karthoffelarte als Köder. Jedem Haushalt, dessen Angehörige nicht in dem Genuß der Freizeiterzieher stehen, läßt die Glaubensgemeinschaft, aber wie sie sich die Arrangements sonst nennen mögen, eine solche Karte zugehen, daran die Aufforderung knüpfend die auf der Karte vorgedruckten Fragen zu beantworten. Diese nichtamtliche Stelle, die durch ihr Vorgehen den Eindruck erweckt, als ob es sich um eine amtliche Auskunft handelt, will den Geburts- tag, den Tag der Taufe, Konfirmation, Trauung usw. wissen, gleichzeitig aber auch die Bezeichnung des Besserspraches, der bei der betreffenden Gelegenheit erzählt wurde. Kein Mensch ist verpflichtet, die Fragen zu beantworten. Es handelt sich hier um das Privatvergnügen irgendeiner Religionsgemeinschaft, das man am besten dadurch illusorisch macht, daß man den Leuten die Tür weist.

ma. Taucha. Stadtverordnetenitzung. Einstimmig bewilligten die Stadtverordneten die entstandenen Kosten in Höhe von 500 Mark für die Anlage einer Sängerterrasse im Südtort. — Vom Wohlfahrtsamt der Antiochianermission ist eine Kostentabelle ins Leben gerufen worden. Vorläufig hat die Küche in der Schule untergebracht, da die Schule aber dadurch zu sehr beengt wurde, wird beschlossene, die Küche nunmehr im Krankenhaus unterzubringen. — Mit Rücksicht auf die große Kinderzahl, die dem orthopädischen Turnunterricht ärztlichseits zugewiesen wurden, sind die Stadtverordneten mit der Erhöhung der Stundenlohn auf monatlich 40 Stunden einverstanden. — Einstimmig wird beschlossen, die Erdarbeiten am Krebschen Plane, am Sommerfelder Wege und am Wege hinter dem Bade als Kostentabelle auszuführen. Die Arbeiten am Krebschen Plane sind auszuschreiben, während die anderen Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden sollen. Um das Wasser vom Krebschen Feldplan zu entfernen, wird beschlossen, eine Entwässerungsjeupe in den unteren Teil des Feldes einzubauen. Der Bauauschuß schlägt vor, die Heinrich-Heine-Straße von der Südstraße bis Kohles Grundstück nur mit einer Knackstraße zu überziehen und abzuwalzen, während die Neugere Eisenburger Straße in der vollen Breite mit Kleinpflaster auszuführen ist. Mit Mehrheit treten die Stadtverordneten dem Bauauschußantrag betr. Pflasterung der Eisenburger Straße bei, während die Befestigung der Heinrich-Heine-Straße nochmals an den Bauauschuß zurückverwiesen wird. — Die Bezirkssteuer für das Jahr 1926 beträgt für die Stadt Taucha 28 171 Mark. — Mit Mehrheit sind die Stadtverordneten der Ansicht, das vom Staate angebotene Wohnungsbauanleihe von 16 000 Mark anzunehmen. Ueber die Verwendung soll das Bauamt um geeignete Vorschläge erlucht werden. — Einstimmig genehmigen die Stadtverordneten im Austausch Darlehen zum Zwecke des Wohnungsbaues bei der Sparkasse in Pirna. — Als letzter Punkt der Tagesordnung lag ein Antrag des Bürgermeisters auf Entscheidung wegen seiner Wiederwahl als Bürgermeister nach Wahlergebnis gemäß § 72 der Gemeindeordnung vor. Die bürgerliche Fraktion trat für eine Wiederwahl ein. Unsere Fraktion wolle die Wahl den neugewählten Stadtverordneten überlassen. Die Kommunisten lehnten eine Wiederwahl ab, sie wollten einen Bürgermeister nach ihrer Richtung haben. Nach längerer Aussprache wird auf Antrag des Genossen Ludwig die Angelegenheit um 8 Tage vertagt.

In der nichtöffentlichen Sitzung wird über eine von der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden bewilligten Anleihe von 100 000 Mk. Beschluß gefaßt.

Taucha. Am vergangenen Sonntagnachmittag sang der Männer- und Gemischte Chor Taucha erstmalig auf der neuerrichteten Sängerterrasse. Vor Beginn der von den zahlreich erschienenen Zuhörern mit Beifall ausgenommenen Darbietungen gab der Bürgermeister der Stadt die Anlage für die Sängerschaft Taucha frei und betonte, daß der Stadtrat gern seine Zustimmung zur Errichtung der Sängerterrasse gegeben habe. Er freue sich besonders, daß der Arbeiterchor zuerst auf ihr singe, da er und sein Dirigent ja die Anregung hierzu gegeben haben. Auch der Bundesvorstand vom Arbeiter-Sängerbund, Genosse Paul Baehler, beglückwünschte die Arbeiterschaft Tauchas zu diesem Erfolg und dankte der Stadt im Namen des Bundes. Taucha hat in dieser Sängerterrasse ein Werk geschaffen, das vorbildlich genannt werden müsse und Nachahmung durch andere Städte verdiene. Was man erhoffte, die gesanglichen Darbietungen akustisch wirksamer zu gestalten, ist restlos erreicht worden. Auch das jetzt im Gange befindliche Werk wird nun in den Park hineingetragen. Die Terrasse ist 22 Meter lang, 5 Meter tief und steigt in fünf Stufen bis zu einer Höhe von 1,50 Meter an. 500 Sänger finden auf ihr bequem Platz. Ein prächtiger Kranz von Blaufräulechen und Laubbäumen bildet den Hintergrund und gibt eine vorzügliche Resonanz. Mancher Gesangverein dürfte in Zukunft seinen Weg nach Taucha richten, um diese Anlage kennenzulernen. Der herrliche Stadtpark und das großzügig angelegte Bad wird auch sonst einen Sonntagsausflug reichlich belohnen.

h. Eisenburg. Verichtigung. Die Erd- und Maurerarbeiten für das Landeserziehungshaus hat nicht die Firma Müller, wie gemeldet, sondern die Firma Jausch u. Sohn, hier, mit 70 912 Mark übertragen bekommen.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Donnerstag, den 26. August. Rundfunk (Wirtschaft): 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Volk- und Baumwollpreise; ameriz. Metallmengen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Ost-Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktentabelle amtlich. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktentabellen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk (Unterhaltung und Belehrung): 10.05 Uhr: Verkehrsfunke. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Vorauslage. 12 Uhr: Mittagsmusik (Schallplattenkonzert) auf dem Sprechapparat der Firma Zui. Heinz. Zimmermann. 12.55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: Prof. Dr. Amiel und Oberschulrater Westermann: Einheitskurschreife. 3.35 Uhr: Direktor der staatlichen Taubstummenanstalt G. Lehmann: Das Bildungsproblem des taubstummen Kindes. 4.30-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk. Mitwirkende: Hilde Karnehl (Gesang), Theodor Blumer (Klavier), Dresdener Streichquartett (Friedrich, Schneider, Nipahm, Kropffolter). 6.30-6.45 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.45 bis 7 Uhr: Steuerfunk. 7-7.30 Uhr: Univ.-Prof. Dr. A. Kötter: Leipzig: Die Völkerverträge im heutigen Kleinstaat. Schlusssprache: Die christlichen Völker. 7.30-8 Uhr: Vortragsreihe: Das Weltbild der modernen Naturwissenschaften. 1. Vortrag: Ernst Mühlbacher: Was wissen wir vom Weltgebäude. 8.15 Uhr: Chor-Konzert. Mitwirkende: Die Sächsischen Chöre. Leitung: Barnek Licht. Anschließend (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Ab 10.30 Uhr: Funkschau.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, den 25. August 1926.

Metallarbeiter-Generalsammungsvorsteher, Volkshaus, abends 8 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Gegen Mannesschwäche zur Anregung und Kräftigung bei vorzeitiger Erschlaffung ist Erectoren das beste Kräftigungsmittel. — Allein echt Köhler-Salomo-Apothek 17 (Ecke Nikolaistraße) Postvorsand, Grimmische Straße 17

Von Nah und Fern Neuer Bahnrevol.

In der Einfahrt in den Bahnhof Hiller auf der Strecke Mindel-Wehrde im Westfälischen ist ein Bahnrevol verübt worden. Ein Weichenstoß war gewaltig zertrümmert und die Weiche des Hauptgleises auf ein Nebengleis gehoben worden, so daß der Frühzug in das Nebengleis und auf die dort angebrachte Weichenperre fuhr. Ein schweres Unglück wurde nur dadurch verhindert, daß der Zug langsame Fahrt hatte. Die Maschine riß die Sperre fort und konnte noch kurz vor dem Ende des Nebengleises zum Stehen gebracht werden. Polizeiliche Nachforschungen wurden sofort aufgenommen.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Leiferde hat die Demokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, an die Reichsregierung eine Interpellation über den Stand der Sicherheits- und Rettungsvorrichtungen auf der Reichsbahn zu richten.

Weitere Opfer des Berliner Sturm-Sonntags.

Der größte Teil der Personen, die nach dem Orkan, der am Sonntag über Berlin wüthete, vermißt wurden, sind inzwischen zurückgekehrt. Noch immer aber wird nach sechs Personen gesucht, die sich bisher nicht gemeldet haben. Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie in den Wellen der Berliner Seen umgekommen sind.

Pilzvergiftungen bei Berlin.

Im Kinderheim St. Michael in Falkenberg bei Eberswalde, wo sich Berliner Kinder zur Sommerfrische aufhalten, sind infolge Pilzvergiftungen vier Krankenschwestern und ein Gärtner gestorben. Im ganzen sind 19 Personen unter Vergiftungsercheinungen erkrankt. Die Vergiftungen rühren von dem Genuß von Knollenblätterchwamm her.

In dem Befinden der Erkrankten, die im Krankenhaus in Eberswalde liegen, ist nach Mitternachtsstunden eine leichte Besserung eingetreten. Dienstag nachmittag erschien der Oberstaatsanwalt aus Prenzlau in dem Kinderheim in Falkenberg und nahm mehrere Vernehmungen vor. Die Leichen der fünf Verstorbenen sind beschlagnahmt worden.

Die Massenerkrankungen in Offenbach.

Zu den Massenerkrankungen in Offenbach am Main melden die Mütter, daß sich zur Zeit 36 Personen im Stadtkrankenhaus befinden, die unter den gleichen Erscheinungen erkrankt sind. Die Ursache der Erkrankung konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Da auch Personen erkrankt sind, die nicht von dem Speiseeis gegessen haben, wurden allen Erkrankten Blutproben entnommen, die bakteriologisch untersucht werden sollen. Auch die Reste des Speiseeises sind beschlagnahmt worden und werden zur Zeit im chemischen Untersuchungsamt in Offenbach untersucht.

Flüchtlingselend in Oberschlesien.

In einer Bodenkammer ist in Beuthen eine fünfköpfige Flüchtlingsfamilie untergebracht, die als einzige Kochgelegenheit einen kleinen Spirituskocher besitzt. Als die Frau ein Essen zubereitete und dabei Spiritus nachfüllte, explodierte der Kocher. Wie die Vossische Zeitung berichtet, erlitten drei Kinder schwere Brandwunden. Eins von ihnen starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus, in dem die beiden anderen Kinder und die Eltern schwer verletzt daniederliegen.

Keine Revision im Josephson-Prozess.

Die Staatsanwaltschaft Breslau hatte seinerzeit gegen das freisprechende Urteil im Nordprozess Josephson Revision eingelegt. Wie verlautet, wird die Staatsanwaltschaft nunmehr ihre Revision zurückziehen. Damit würde das freisprechende Urteil gegen Josephson rechtskräftig werden, während das Disziplinarverfahren gegen ihn seinen Fortgang nimmt.

Der Stier ist los ...

35 Stiere, die in Nord-London zum Markt getrieben werden sollten, brachen aus und machten nach allen Seiten Angriffe auf das Publikum, was eine allgemeine Panik hervorrief. Der Verkehr war für mehrere Stunden gesperrt. Dierzig Personen, darunter ein Polizist, wurden verwundet.

Große Waldbrände in Frankreich.

Die Morgenblätter bringen eine Havasmeldung aus Bordeaux, wonach in den Fichtnwäldern längs der Garonne an verschiedenen Stellen Waldbrände ausgebrochen sind. Acht Meilen Wald sind vom Feuer verwisst worden. Die Rauchentwicklung ist so stark, daß man sie im Umkreis von etwa 25 Kilometern bemerken kann.

57 Grad Celsius in Spanien.

Nach einer Havasmeldung aus Madrid herrscht in ganz Spanien eine hohe Temperatur, die in den letzten Tagen in Madrid 57 Grad in der Sonne erreichte. Montag waren bereits zwei Todesfälle infolge Hitzschlag zu verzeichnen.

Die Bombe im Bankraum.

In der Farmers Deposit and Savingsbank in Pittsburg (Vereinigte Staaten) ist ein Bombenanschlag verübt worden. Ein Mann in Arbeiterkleidern erschien im Schalterraum und verlangte vom Kassierer 2000 Dollar. Als ein Bankhütermann ihn zu verhaften versuchte, gab der Mann einem kleinen schwarzen Sack, den er auf den Boden abgestellt hatte, einen Stoß mit dem Fuß, worauf eine Explosion eintrat, die das Innere des Gebäudes zertrümmerte und dem Urheber des Anschlages den Kopf abriß. Zahlreiche Anwesende wurden verletzt, 15 Personen wurden ins Hospital geschafft. Darunter sind neun in Lebensgefahr.

Die Bauern und das Radio.

Die Bauern des österreichischen Waldviertels sind auf das Wetter nicht gut zu sprechen. Die Ernteegebnisse sind bedrohlich, und was mehr ins Gewicht fällt, die „Stadträt“ sind in diesem Jahre ausgeblieben. Das gewöhnlich angewendete Mittel, Bittgottesdienste, half auch nichts, es regnete weiter, und Sommergäste kamen noch immer nicht. Da mußte etwas geschehen, wenigstens ein Sündenbock mußte aufgetrieben werden. Der neue Großsenner „Rosenhügel“ bei Wien, der im Mai fertiggestellt wurde und eine der modernsten und stärksten Stationen Europas ist, wurde als der Schuldige bezeichnet. In Bauernversammlungen wurden Vorträge gehalten, in denen „nachgewiesen“ wurde, daß die elektrischen Wellen den Regen herbeiziehen und Gewitter verursachen. Allen Ernstes wurden in Resolutionen die christlichsozialen Abgeordneten der ländlichen Gegenden aufgefordert, bei der Regierung sich für die Außerbetriebsetzung der Sendestation zu verwenden. Den kleinen alten Sender auf dem ehemaligen Kriegsministerium in Wien wollten die Herren glattig am Leben lassen, weil sie doch täglich in der Höhe die Wiener Marktpreise für Butter und Eier usw. hören müssen, um sich danach richten zu können. Davon, daß es in anderen Ländern auch geregnet hat, und daß Ueberirradiationen sogar viel größere Verheerungen angerichtet haben, als in Oesterreich, war den Bauern natürlich unbekannt.

Ausbreitung der Choleraepidemie in China.

Nach einer Meldung der Agentur Juba Paclique hat sich die bei Charbin wüthende Choleraepidemie auf verschiedene Punkte des chinesischen Ostens ausgedehnt. Die chinesischen Behörden haben umfassende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.

Eine Zionistenfledung in der Mongolei.

In der Nähe von Urga, der Hauptstadt der mongolischen Republik, entsteht zur Zeit die erste Zionistenfledung in der Mongolei. Sie umfaßt ungefähr 300 Familien, die sich zum größten Teil durch den Handel mit Pelzen und Fellen ernähren. Aus dem europäischen Rußland kommt ständig weiterer Zugang, und es ist die Errichtung weiterer Siedlungen in größerer Entfernung von Urga geplant.

Der Film in der Kirche.

In den Vereinigten Staaten ist jetzt eine Organisation gegründet worden, um die planmäßige Einführung des Films in den Gottesdienst durchzuführen. Man hat zunächst aus etwa 900 älteren religiösen Filmen die 11 besten ausgewählt und sie an die Kirchen kleiner Landstädte verteilt, deren Besuch sich daraufhin um 36 Prozent gehoben hat. Die Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, für die Zukunft eine eigene Produktion geeigneter Filme durchzuführen und hat bereits einen Stab von Regisseuren und Experten berufen, die für genaueste historische Treue bei der Darstellung biblischer Szenen garantieren sollen.

Familien-Nachrichten

Plötzlich und unerwartet verschied am 24. August mein lieber treusorgender Mann und herzensguter Vater, Schwiegervater und Onkel

Walter Döhler

im 48. Lebensjahre. Auf der Höhe seines Lebens ging er zu früh von uns.

Leipzig-Lindenau, Gotzkowskystraße 6.

In tiefstem Herzeleid
Klara Döhler, Gretel Döhler,
Ludwig Spitzner

im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 27. August, vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des Lindenuer Friedhofs aus statt.

Plötzlich und unerwartet verschied heute durch Herzschlag unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater,

Herr Friedrich Eduard Becker

im 67. Lebensjahre.

Leipzig-Schönefeld, den 24. August 1926

Emil-Schubert-Straße 8.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Einäscherung: Freitag, den 27. August 1926 auf dem Südfriedhof. Kranzspenden werden dankend abgelehnt.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, von dem plötzlich erfolgten Ableben unseres lieben Mitarbeiters, des Redaktions-

Eduard Becker

Kenntnis zu geben. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen stets arbeitsfreudigen Menschen, der nahezu 30 Jahre unserem Unternehmen gewissenhaft und pflichttreu dienste. Die Nachricht von seinem Tode kam für uns um so überraschender, als er noch am Dienstag früh zur gewohnten Zeit seinen Dienst aufgenommen hatte. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Geschäftsleitung, Redaktion und Personal
der Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Danksagung.

Für die mir in so reichem Maße erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Gattin dankt herzlichst.

L.-Kleinzschocher, den 25. August 1926
Altranstädter Straße 26.

Oswald Theil
im Namen aller Hinterbliebenen.

Amliche Bekanntmachungen.

Großsch. Im Laufe dieser Tage werden den Steuerpflichtigen die Kirchensteuerzettel für 1926 ausgestellt.

Der am 15. Mai fällig gewesene 1. Termin ist innerhalb 14 Tagen nach der Zustellung der Steuerzettel, spätestens aber bis 15. September 1926 bei der Stadt-Kasseneinnahme einzuzahlen.

Großsch., am 24. August 1926.

Der Stadtrat.

Donnerstag 10 Uhr gelangen im

Versteigerungslokal Kurprinzstr. 22, 2b., folgende gebrauchte

Versteigerung:

Rücheneinrichtung, Sofa, Sekretär,

Ausgangstisch, Stühle, Bettst. m. Matr.,

Uhr, Spiegel, Geigen, Koncertina,

Anzüge u. Lebers., 1 Schreibmaschine

„Ideal“, 1 Nähmaschine, 1 elektrische

Lampe. Anst. im Auftr. der Firma

O. Schramm, Lampenstr. 6; 1 neues

Motta-Service, verschied. Bestecke usw.

Walter Fritzsche, Versteigerer u.

Taxator, Kurprinzstr. 22. Tel. 20044

gogr. 1905

Elektromonteur-Schule in Köln

Fachausbildung in 4-Jahres-Kursen

Prospekte kostenlos, Köln, Moltkestr. 8

Dr. med. Kakrow

Leipzig-Neuland

von der Reise zurück.



GEASTA

Sommerpflaumen-Geist

Reichspatent-

amt. gesch.

Nr. 286591

Unverfälscht

Konturenlos!

Garant. reiflose

Entfernung

Auffär. kostentl.

GEASTA-Werk

Hohenleipisch

Erh. in Drog. u

Apoth., bestimmt

i. Engel-Apoth.

Markt, Ra. Ca-

lomo-Apothef.

Grimmaische St.

Auelliefungsdepot

Hugo Knauth

Ellenstr. 101

Ruf 38419.

KLEINER ANZEIGER

Verkäufe

Sie laufen wie eine Biene!

Druckfreie dehnbare Winter-
schuhe
dehnbar üb. Ballen, hochlieg. Zehen,
Höhneraugen, Krampfad., geschw.
Gelenke, bei Gicht u. Rheumatismus.
Einfache sow. eleg. Luxusausführung
Hainstr. 17-19.
Illustr. Preisliste freil! Tel. 13737

Von Herrschaften
wenig getragene
Herr.-Garberobe
billig zu verkaufen
Zochingstr. 12, p.
Ein- u. Verkaufsgesch.

Auf Kredit
Damen-
Garberobe
mit kleiner Anzahlung
Scherbel
Natharinenstr. 20.

Möbel

Pflüschsofa . . . 95.-
Bettstelle, mod.
m. Draht- u. Auf-
legematr. . . 55.-
verkauft
Lendel, Joseph-
straße 33.

Gebr. Nähmasch.
Schube, Ritterstr. 4.



Umpresshüte

Die letzten Neuheiten
für Filz und Velour
nach Wiener Originalen sind eingetroffen

Eigene Fabrik * Billigste Preise
Weiche Verarbeitung

Elisabeth Schulze

Damenputz
Katharinen-Straße 13
u. Königsplatz 7, Ecke Markthallenstr.
Fernsprecher 26937

Reformbetten

Patent- und Auflegematratzen
Rel.-Unterbetten, Chaiselongues *
Steppdecken, Diwanddecken
Kleiderchränke u. Küchen
Tellahtung o. Aufschl., sof. Liefg.
F. Enke, Elsterstr. 46, 1.

Reformbetten

Solobetten, Kinder-
betten, Patent- und
Auflegematratzen,
Chaiselongues,
Stepp- u. Diwandd.
Tellahtung
Merkelburger Str. 10
am Kanal

Tapeten- Körner

Rolls v. 20 Jan
Ellaomtr. 54
Ecke Körnerstr.

Vogtl. Musikhaus

Wibelstraße 2, 1
Gelgen, Gitarren,
Lauten, Mandol.,
Sprechapparate
Schallplatten
Reparaturen billig
Zahlungsvereichterung

Diverses

Leipziger Leihinstitut.
Gesellschafts-Anzüge
Bolau
Albertstraße 29a
Ecke Zöltzer Straße 3.

Saben Sie Stoff?

Ich fertige Ihnen
einen modernen
Anzug oder Mantel
nach genommenem

Maß

für nur 29 Mark
mit Futter
Paul Noack
Annahmestelle Leipzig
Hospitalstr. 30, 1

Maler-Schirting

86 cm breit 65
per Meter
100 cm br. 85
per Meter
125 cm br. 1.10
per Meter

Bei Entnahme
eines Stückes
von 30 Meter
5%
Rabat

Reichsstraße
Handelshof

Leser
der Volkszeitung
berücksichtigt
nur unsere
Inserenten

Die Bergarbeiter halten aus!

Sammelt für die Vorkämpfer!

W.P. London, 24. August.

„Daily Mail“ berichtet, daß jetzt in den verschiedenen Kohlenbezirken Großbritanniens 38 000 Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

Aus dieser Meldung der großkapitalistischen Daily Mail wird die ganze Lügenhaftigkeit der in der deutschen bürgerlichen Presse tagtäglich gebrachten Meldungen über das Abflauen des englischen Bergarbeiterstreiks mit aller Deutlichkeit offenbar.

Umsomehr ist es die Pflicht der internationalen Arbeiterschaft, mit größtmöglicher Schnelligkeit und in möglichst großem Umfang den streikenden Bergarbeitern Unterstützungen zukommen zu lassen.

Konflikt im niederschlesischen Bergbau.

Im niederschlesischen Steinkohlenbergbau dürfte es in Kürze zu einem schweren Arbeitskonflikt kommen. Die am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiterorganisationen haben die Lohnordnung zum 31. August gekündigt.

Die Bergbauunternehmer haben nun vor den in Aussicht stehenden Verhandlungen recht eigenartige Wege eingeschlagen. Sie richteten an den Regierungspräsidenten in Breslau das Ersuchen, einige Herren zu einer Tagung der Interessenvertretung der niederschlesischen Bergherren, des Bergbauvereins, zu entsenden, um einen Vortrag über die Lage des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues entgegenzunehmen.

Bei den nun stattgefundenen ersten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zeigten die Bergbauunternehmer nicht das geringste Entgegenkommen. Sie behaupten nach wie vor, daß bei ihrer wirtschaftlichen Lage jede Lohnserhöhung ausgeschlossen sei.

Meine Univerfitäten.

Von Max im Gorki. Deutsch von Erich Böhm.

Als ich früher starker Kerl gefiel er den Frauen sehr, und ihnen unterlag er auch. „Gewiß ja, in dem Punkt bin ich sehr verwöhnt,“ gab er gutmütig zu. Für die Männer ist das sehr kränkend, ich würde das an ihrer Stelle auch übernehmen.

rentablen Werte nicht stilllegen aus lauter Menschenfreundlichkeit! Sie schaffen nach wie vor Kohlen bis Hamburg und lassen Heber sich in ihnen machen, um nur weiter Geld zusehen zu können! — Die Bergarbeiterorganisationen werden nunmehr die Schlichtungsgesellschaften antufen. Man darf gespannt sein, wie sich diese zu den lächerlichen Ausreden der Bergbauunternehmer stellen werden.

Zusammenfassung der Kopf- und Handarbeiter.

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der am 21. und 22. August in Düsseldorf eine Konferenz seines Vorstandes und Beirats abhielt, hat trotz der schlechten Wirtschaftslage nicht nur seine Mitgliederzahl erhalten, sondern noch vergrößert.

Scheffel wies u. a. mit Nachdruck auf die an vielen Stellen entwickelten Eisenbahnerportureine hin, die zu einer gegen die Republik gerichteten Einteilung zu werden drohen. Die Verbandsfunktionäre wurden verpflichtet, diesen Gebilden ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Ueber die Einigungsverhandlungen zwischen DVB. und DVB. berichtete Genosse Prawi. Es ist eine Verhandlungskommission eingeleitet, die dann in Aktion tritt, wenn der DVB. sich bereit erklärt, eine Einigung auf gewerkschaftlicher Grundlage zu schaffen.

Eine notwendige Mahnung.

„Der Deutsche Eisenbahner“, die Verbandszeitschrift des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, befaßt sich in einem längeren Artikel mit dem „Arbeitsprogramm der Reichsbahn“.

Kufuschkin war landlos; er hatte eine verlassene Tagelöhnerin geheiratet, eine kleine, aber sehr starke, kräftige, hohle Person. Seine Blüte hatte er an einem Schmied vermietet; er lebte wohnte im Badehaus, weil er bei Pantow arbeitete.

„Michailo Antonow, hast du gehört? Der Uriadnik von Tintowo will Mönch werden und sein Amt bei der Polizei aufgeben. Ich mag nicht dauernd bloß den Bauern in die Fresse schlagen,“ sagte er. Jawohl!

„Der Chochol entgegnete ganz ernst: „Seht ihr, so läuft auch schließlich noch die ganze Obrigkeit weg!“

Einmal hätte ich sogar beinahe mal mit einer feinen Dame angebandelt.

„Einmal hätte ich sogar beinahe mal mit einer feinen Dame angebandelt. Sie war aus der Stadt hierher auf die Datsche, in die Sommerfrische gekommen, die Dame. Ein schönes Weib war sie, weiß wie Milch, und Haare hatte sie wie Flachs.

„Das war ein so böses Weib, daß sogar der Gouverneur, trotz seines hohen Amtes, sie mal aufsuchte. „Gründigste Frau,“ sagte er, „leien Sie für alle Fälle etwas vorsichtiger! Von Ihrer schauerhaften Gemeinheit reden die Leute schon in Petersburg!“

„Das war ein so böses Weib, daß sogar der Gouverneur, trotz seines hohen Amtes, sie mal aufsuchte. „Gründigste Frau,“ sagte er, „leien Sie für alle Fälle etwas vorsichtiger! Von Ihrer schauerhaften Gemeinheit reden die Leute schon in Petersburg!“

„Nach einer Darlegung der Reichsbahnabsichten, Arbeitslosen neue Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, schreibt das Eisenbahnerblatt zum Schluß mit Recht: „Gleichzeitig müssen wir aber auch unsere Forderung geltend machen, nämlich, daß es Unsinns ist, durch Eingliedern der Reichsbahn in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung auf der einen Seite die allgemeine Arbeitslosigkeit zu beheben und auf der andern Seite durch Schließung von Werkstätten und weitere Entlassungen eigenen Personals die Arbeitslosigkeit zu vergrößern.“

Mahnung Bauarbeiter! Die über die Baustelle des Vorwerksbestehers Sacke in der Johannis-Allee verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben, da die Differenzen beigelegt sind. Baugewerksbund Leipzig.

Gerichtssaal

Ist die Bezeichnung „Schnüffelei“ eine Beleidigung?

In Belgershain hatten sich der Lehrer Genosse Walter Angermeyer und der Buchdrucker Genosse Alfred Freitag den reaktionären Elementen des Ortes durch ihr unerhörtes Eintreten für die proletarischen Interessen besonders verhaßt gemacht.

Die bürgerliche Clique Belgershains zum Anlaß, einzuhaken. Wegen Beleidigung des Gendarmen erhielten die beiden Gemeindeverordneten Strafbefehle in Höhe von je 40 Mark. Da Angermeyer den Ausdruck „Schnüffelei“ in der Wohnung des Bürgermeisters wiederholt hatte, bildete man ihm außerdem noch einen Strafbefehl über 50 Mark zu.

Der Verteidiger betonte vor allem, daß der Ausdruck „Schnüffelei“ ein äußerst zutreffender volkstümlicher Ausdruck für die Vorgänge in Belgershain gewesen wäre und in der Form absolut keine Beleidigung darstelle.

Dieses salomonische Urteil, das auf die realen Verhältnisse nicht die geringste Rücksicht nimmt und auch die Aussagen sinkender Zeugen ignoriert, ist so unhaltbar, daß eine Berufung, die das „Defekt“ dem Kleinstadtrichter entzieht, Erfolg haben muß.

„Stepan hat's hinter den Ohren...“ Kufuschkin war ein sehr brauchbarer Arbeiter. Er war Böttcher, Denker, wußte mit Bienen Bescheid, unterwies die Weiber in der Geflügelzucht, war geschickt in Zimmermannsarbeiten, und alles gelang ihm, obwohl er sehr langsam arbeitete und nicht gerade mit besonderer Freude.

Stepan hat's hinter den Ohren...

„Stepan hat's hinter den Ohren...“ Kufuschkin war ein sehr brauchbarer Arbeiter. Er war Böttcher, Denker, wußte mit Bienen Bescheid, unterwies die Weiber in der Geflügelzucht, war geschickt in Zimmermannsarbeiten, und alles gelang ihm, obwohl er sehr langsam arbeitete und nicht gerade mit besonderer Freude.

„Stepan hat's hinter den Ohren...“ Kufuschkin war ein sehr brauchbarer Arbeiter. Er war Böttcher, Denker, wußte mit Bienen Bescheid, unterwies die Weiber in der Geflügelzucht, war geschickt in Zimmermannsarbeiten, und alles gelang ihm, obwohl er sehr langsam arbeitete und nicht gerade mit besonderer Freude.

„Stepan hat's hinter den Ohren...“ Kufuschkin war ein sehr brauchbarer Arbeiter. Er war Böttcher, Denker, wußte mit Bienen Bescheid, unterwies die Weiber in der Geflügelzucht, war geschickt in Zimmermannsarbeiten, und alles gelang ihm, obwohl er sehr langsam arbeitete und nicht gerade mit besonderer Freude.

Staatenbildende Insekten.

Aus dem Leben der Ameisen.

111.

Die Egoten.

Unsere heutige Betrachtung soll mit einer Ameisengattung beginnen, deren Lebensgewohnheiten von den bisher kennen gelernt...

Das bezieht sich in erster Linie auf die in Afrika heimischen Wanderameisen. Wenn man bedenkt, daß diese Tiere oftmals zu Millionen beieinander leben und ihre Nahrung hauptsächlich aus tierischer Kraft besteht...

Geht an einem Blah der Nahrungsnotrat seinem Ende entgegen, so löst sich von dem Stamme zunächst eine starke Erkundungsabteilung ab, um günstigere Ernährungsplätze aufzusuchen.

Zunächst sammeln sich die Wärtinnen und Ammen mit den von ihnen getragenen Visegebefohlenen. Diese werden umgeben von einem dichten Wall kräftiger Genossen...

Ist ein neuer Futterplatz signalisiert worden, wird das Tempo ebenfalls beschleunigt, so daß es zuletzt den Anschein erweckt, als ob ein Strom lebender Ameisen daher rollt.

Während bei einigen Gattungsarten, wie wir im vorhergehenden Artikel (14. August) feststellen konnten, die Männchen ungeschlechtliche Geschöpfe sind...

Zur gleichen Gattung gehören die in Amerika, Indien und Afrika lebenden Treiberameisen, deren größte Art die afrikanische „Sialu“ oder Treiberjagdameise ist.

Dabei machen diese todesmutigen Geschöpfe keinen Unterschied darin, ob das zu überfallende Opfer noch so wehrhaft ist, und so sind Fälle bekanntgeworden, wo Pflanzern, ja sogar ein Leopard der Übermacht dieser Ameisen zum Opfer fiel.

Liegt in der eingeschlagenen Marschrichtung eine Ansiedlung, so verliert der von dem Ueberfall in Mitleidenschaft gezogene Farmer oftmals einen großen Teil seines Viehbestandes.

Merkwürdig ist ein solcher Plantagenüberfall insofern auch seine guten Seiten, daß dabei auch mit einem Schlage alle lästigen Raupen, Termiten und sonstigen in und auf der Erde, sowie in Haus- und Feld vorkommenden Angestrichen wird.

Als besondere Eigenart der „Treiber“ sei noch kurz hervorgehoben, daß bei einigen Arten dieser Gattung die Arbeiter blind sind oder zum mindesten sehr schwachgebildete Augen haben.

Wenn sich die vorgenannten Ameisenarten auf Wanderung oder Beutezüge begeben, wird zur Sicherheit des Stammes an besonders gefährdeten Stellen die einzuschlagende Straße teilweise überbrückt, also gewissermaßen ein Tunnel angelegt...

Die zu außerordentlich starken Kolonien vereinigten Blattschneiderameisen der brasilianischen Waldungen haben die Gepflogenheit, zu Tausenden vereint in die Wipfel der Bäume zu steigen, um hier aus den zartesten Blättern ganze Städte herauszubauen.

Es mag, abgesehen von dem nicht unerheblichen Schaden, den die Blattschneider in Zitronen-, Orangen- und Kaffeeplantagen oder Weinsäulern anrichten, einen recht originellen Anblick gewähren, wenn die gleichsam mit einem grünen Segel ausgerüsteten Insekten von den Bäumen herabsteigen.

Lange Zeit hindurch blieb das Gebaren der Ameisen den Forschern ein Rätsel. Da fand man im geöffneten Bau der Blattschneider unzählige Kammern vor, in denen eine breiige Masse aufgestapelt war, die bei mikroskopischer Untersuchung sich als zerlautes Laub entpuppte...

Die mit dem Speichel der „Müller“ getränkte Breimasse wurde von den „Gärtnern“ mit den eigenen Excrementen gedüngt und so bildeten sich in kurzer Zeit mikroskopisch kleine Pilze, welche nun die ganze Sorgfalt der kleinen Gärtner beanspruchten.

also regelrecht gejätet wurden. Diese Pilzkulturen stellten demnach nur die Vorräte für die nahrungarme Zeit dar, die etwa in die tropische Regenzeit fallen dürfte.

Das Ausspeichern von „Winternorräten“ geschieht auf vielerlei Arten. So leben z. B. in den Mittelmeerländern einige Gattungen, die unter dem Namen Termiten bekannt sind...

Seltener sind die Vorratskammern der an dünnen, sonnigen Abhängen Mexikos und Kolorados lebenden Honigameisen eingerichtet. Während aber die vorhergenannte Art allerlei Früchte einsammelt, tragen die „Mexikaner“ nur die von Tieren und Pflanzen abgezapften honigähnlichen Säfte ein.

So mährchenhaft es auch klingen mag, diese Honigkäse sind nichts anderes als eigens zu solchem Zweck gemälte Stammesangehörige, denen die bei den Ameisen übliche gegenseitige Fütterung zum „Verhängnis“ geworden ist.

Eine weitere, völlig neue Berufstätigkeit lernen wir kennen, wenn wir uns den Nestbau der indischen und afrikanischen Samaragd- oder Weberameisen vor Augen führen, der in übereinstimmender Weise von allen Forschern wie folgt geschildert wird:

Die großen grünen Weibchen schreiten im Juni zur Gründung ihrer Kolonie. Die ersten ausgeschlüpften Arbeiter teilen sich in die Fütterung und die Herstellung des Nestes.

Die im vorhergehenden Artikel (vom 14. August) geschilderten Kartonneste findet man bei einigen exotischen Arten hoch auf Bäumen hängend vor. Dabei sind diese Nester oftmals größer als ein erwachsener Mensch.

Die im vorhergehenden Artikel (vom 14. August) geschilderten Kartonneste findet man bei einigen exotischen Arten hoch auf Bäumen hängend vor.

Die im vorhergehenden Artikel (vom 14. August) geschilderten Kartonneste findet man bei einigen exotischen Arten hoch auf Bäumen hängend vor.

Kleine Chronik.

Das Herz der Pflanzen. In Oxford tagte vor kurzem die Britische Gesellschaft für Wissenschaft. Die Tagung der physiologischen Abteilung war besonders interessant durch die Teilnahme des indischen Gelehrten Jagadis Chunder Bose...

Die im vorhergehenden Artikel (vom 14. August) geschilderten Kartonneste findet man bei einigen exotischen Arten hoch auf Bäumen hängend vor.

Die im vorhergehenden Artikel (vom 14. August) geschilderten Kartonneste findet man bei einigen exotischen Arten hoch auf Bäumen hängend vor.

„Thomas-Bücherzeit“ ist es in der Tasche leicht unterzubringen und kann deshalb auch dem Wandernden zur Mitnahme empfohlen werden.

Der Arbeitsplan des Städtischen Schauspielers enthält für den kommenden Winter folgende Aufführungen: Franz Werfel „Paulus unter den Juden“, Hans Frank „Klaus Michel“, Paul Joch „Der Rindstich“, An bemerkenswerten Erstausführungen u. a.: Fritz von Arnim „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen“, Bedelind „Die Kallerin von Neu-Jundland“ (Pantomime), Bert Brecht „Das Leben Eduards des Zweiten von England“, Karl Zukmayer „Schinderhannes“, Paul Kannal „Das Grabmal des unbekanntes Soldaten“, E. M. Sänge „Der Held des Westens“, Reinholden von Werken Schillers, Shakespeares und Mozars bilden die Ergänzung.

Sätze von David Hume.

Zum 150. Todestag des berühmten englischen Philosophen. (26. April 1711—25. August 1776.)

Allgemeine philosophische Bemerkungen. Unsre An sich selbst so unvollkommene Erfahrung, die in Raum und Zeit begrenzt ist, kann uns keine begründete Vermutung über das Ganze der Dinge an die Hand geben.

Philosophen, die sich das Ansehen höherer Weisheit und Selbstgenügsamkeit geben, haben einen schweren Stand, wenn sie Personen begegnen, die zu Fragen neigen, die sie aus jedem Zufuchtswinkel aufzudecken und sie schließlich sicher in ein bedeutendes Dilemma bringen.

Das beste Mittel gegen solche Verwirrung ist Bescheidenheit in unsern Ansprüchen und daß wir die Schwierigkeit selbst aufsuchen, bevor man sie uns vorlegt.

Kein Verfahren bei philosophischen Streitfragen ist so üblich und zugleich aber auch verwerflicher als der Versuch, eine Ansicht durch die Behauptung zu widerlegen, sie zeitliche gefährliche Folgen für Religion und Moral.

Ueber den Glauben an Wunder. Der Reiz der Ueberraskung und der Verwunderung, der aus Wundern entspringt, ist eine angenehme Gemütsregung und erzeugt sichtlich den Hang zum Glauben.

Ein Wunder ist eine Durchbrechung der Naturgesetzmäßigkeit, und da diese Gesetze durch eine feste unabänderliche Erfahrung erhärtet worden sind, so ist der Beweis gegen ein Wunder schon aus der Natur der Tatsache so vollständig, als es irgend ein der Erfahrung entnommenes Argument nur sein kann.

Erzählt jemand, er habe einen Toten wieder lebendig machen sehen, so bedenk ich selbst, ob es wahrscheinlicher ist, daß dieser Mensch täuscht, oder getäuscht worden ist, oder daß die Berichtete Sache wirklich stattgefunden habe.

Ich wäge ein Wunder gegen das andre ab und gemäß dem von mir gefundenen Uebergewicht lehne ich stets das größere Wunder ab.

Der Mensch schafft sich selbst eingebildete Feinde, die Dämonen seiner Phantasie, welche ihn mit abergläubischen Schrecken heimsuchen und jeden Genuß des Lebens verengen. Sein Vergnügen, bildet er sich ein, ist in ihren Augen ein Verbrechen, seine Nahrung und Ruhe bewirkt bei ihnen Argwohn und Aergernis.

Der Mensch ist der größte Feind der Menschen. Ein intelligentes Wesen von so ungeheurer Macht und Fähigkeit als zur Hervorbringung der Welt notwendig wäre, geht über alle Vergleiche und sogar über alle Begriffe hinaus.

Was für ein besonderes Vorrecht hat die kleine Bewegung des Gehirns, welche wir „Denken“ nennen, daß wir sie zum Modell des ganzen Weltalls machen?

Gewöhnlich wird angenommen, daß man sich der Gottheit empfielt entweder durch Beobachtung nichtiger Gebrauche oder durch ekstatische Verzückungen oder durch trödelnde Gläubigkeit.

Es ist eine Absurdität, zu glauben, daß die Gottheit menschliche Affekte habe und noch dazu einen der niedrigsten: ein rastloses Verlangen nach Beifall!

Die Natur scheint eine genaue Berechnung der Notdurft für ihre Geschöpfe angestellt und gleich einem harten Herrn ihnen nur wenig mehr Kräfte oder Fähigkeit gewährt zu haben als eben zur Befriedigung ihrer Notdurft.

Ein „gütiger Vater“ würde eine reiche Ausstattung gegeben haben, um gegen Zufälle zu sichern und die Wohlthat des Geschöpfes auch unter dem unglücklichsten Zusammenstoß von Umständen zu bewahren.

Des Epikurs alte Fragen sind noch unbeantwortet: Will Gott Uebel verhüten und kann nicht? Dann ist er unmächtig.

Kann er und will nicht? Dann ist er unedelwollend. Will er und kann er? Woher dann das Uebel?

Die Unsterblichkeit der Seele. Keine neue Tatsache läßt sich jemals aus einer religiösen Behauptung ableiten, kein Ereignis vorhersehen, keine Belohnung oder Strafe eröffnen oder befürchten, jenseits dessen, was Praxis und Beobachtung lehren.

Die Hauptquelle moralischer Ideen ist die Ermägung des Interesses der menschlichen Gesellschaft. Verdienen diese so kurzen und so geringfügigen Interessen durch ewige und ungnädige Strafen geküßt zu werden?

Die ewige Verdammnis eines einzigen Menschen würde ein viel größeres Uebel in der Welt bedeuten als der Sturz von tausend Millionen Königrreichen.

Doch was muß ein Philosoph von jenen Phantasten denken, die, statt den gegenwärtigen Schauplatz der Dinge zum Gegenstand ihrer Betrachtung zu machen, den Gesamtauf der Natur so sehr vorziehen, daß ihnen dieses Leben als ein bloßer Durchgang zu etwas anderm erscheint.